

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 49.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 6. Dezember 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Der dritte deutsche Arbeiterkongress in Berlin.

Von Frankfurt nach Berlin.

Zum dritten Male haben sich die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu einem Kongress versammelt. Der erste Kongress fand 1903 in Frankfurt statt, vier Jahre später (1907) der zweite in Berlin, und nun, nach 7 Jahren, tagt der dritte Kongress wiederum in der Reichshauptstadt. Wir haben bereits in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ die Bedeutung dieses Kongresses zu würdigen versucht. Wir geben nunmehr einem Rückblick über die Wirkung der vorhergegangenen Kongresse Raum, den das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften in seiner Nummer 24 vom 24. November d. J. veröffentlicht. Einleitend wird darauf hingewiesen, daß der Frankfurter Kongress vor allem den Zweck gehabt habe, die durch eine Weltanschauung geeinten Organisationen zwecks gemeinsamer Sozialarbeit zusammenzufassen, die Idee der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu popularisieren und ihr einen festen Stützpunkt zu verschaffen. Dieser, für die damaligen Verhältnisse recht gewagte Versuch glückte vollständig. Die Öffentlichkeit sah sich plötzlich vor die Tatsache gestellt, daß deutsche Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie nicht identisch waren, daß neben der letzteren vielmehr eine machtvolle christlich-nationale Arbeiterbewegung existierte, die die geistige und materielle Hebung der arbeitenden Volksschichten erstrebt. Der deutsche Arbeiter braucht nicht Sozialdemokrat zu sein, um seine wirtschaftlichen Interessen energisch wahrzunehmen! Das war der stärkste Eindruck, den der erste deutsche Arbeiterkongress hinterließ. Arbeitsfrohe Begeisterung und ernstlicher Wille zur praktischen Tat gingen nach Frankfurt durch die Reihen der christlich-nationalen Arbeiterscharen.

Durch den zweiten Kongress 1907 in Berlin wurden diese Eindrücke verschärft. Eine Million Anhänger bekamen sich zum Programm des deutschen Arbeiterkongresses, machten ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft in wirkungsvoller Weise geltend. Wenn auch zögernd und widerwillig, mußten immer weitere Kreise den Einfluß und die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für unser Volksleben anerkennen.

Die Wirkungen der beiden ersten Kongresse auf die soziale Entwicklung sind unverkennbar günstige gewesen. Allen Verklemmerungsversuchen überwollender Kritiker gegenüber muß die Tatsache festgehalten werden, daß die Kundgebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auf die Sozialreform befruchtend gewirkt haben. Die an die Gesetzgebung gestellten Forderungen sind zwar nicht alle erfüllt worden; teils sind sie durch die Entwicklung überholt und verschoben, wie z. B. Arbeitskammern und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine durch die Bestrebungen nach einer durchgreifenden Reform des gesamten Arbeitsrechts; einige wichtige Forderungen — wie Koalitionsrecht und Sonntagsruhe — harren noch ihrer Erledigung. Aber in anderen wichtigen Fragen ist der Fortschritt im Laufe eines Jahrzehnts nicht zu leugnen. Das neue Vereins- und Versammlungsrecht hat, wenn auch nicht alle wünschenswerten, so doch manche Verbesserungen mit sich gebracht. Die nachdrückliche Forderung des Berliner Kongresses, einen besseren gesetzlichen Schutz für die Arbeiter der Schwereindustrie zu schaffen, hat die diesbezügliche Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 im Gefolge gehabt. Die Verordnung kann allerdings nur als ein bescheidener Anfang gelten, sie bedarf dringend der weiteren Ausgestaltung, wenn sie dem gewollten Zweck entsprechen soll. Auf dem bevorstehenden Kongress in Berlin wird darüber noch näheres zu sagen sein. In der Frage der Sonn-

tagsruhe, zu der 1907 in Berlin Stellung genommen wurde, ist dem Reichstage soeben eine Gesetzesvorlage unterbreitet worden. So wird der Berliner Kongress Gelegenheit haben, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen und seine Forderungen zu erneuern. Was der zweite deutsche Arbeiterkongress für die Arbeiterinnen von der Gesetzgebung forderte, ist zum großen Teil inzwischen erfüllt worden. Die Gewerbeordnungsnovelle brachte den weiblichen Arbeitern den Zehntundentag und sonstige Verbesserungen. Durch die Reichsversicherungsordnung wurden Heimarbeiter und Diensthöten in die Krankenversicherung einbezogen und den weiblichen Versicherten das aktive und passive Wahlrecht in den Institutionen der Sozialversicherung gegeben. Für weitere Reformen in der Arbeiterinnenfrage wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch fernerhin mit allem Nachdruck eintreten. Auch die gesetzliche Privatbeamtenversicherung ist inzwischen verwirklicht worden.

Bei einem Rückblick auf das letzte Jahrzehnt sozialer Reformarbeit darf auch nicht übersehen werden, daß das soziale Gewissen — nicht zuletzt durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung — wacherhalten und weitergeschärft wurde. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der sozialen Arbeit und der klassenversöhnenden Wirkung derselben hat sich in der öffentlichen Meinung durchgesetzt und ist Gemeingut der großen Mehrheit des deutschen Volkes geworden. Erfolg und Wirkungen der beiden ersten deutschen Arbeiterkongresse dürfen im Hinblick auf die angeführten Tatsachen nicht unterschätzt werden, während andererseits auch nicht der geringste Grund zur Schönfärberei vorliegt und kein Zweifel darüber aufkommen darf, daß noch vieles auf dem Gebiete geschehen muß.

Seit dem letzten Kongress 1907 in Berlin ist die christlich-nationale Arbeiterbewegung weiter äußerlich gewachsen und innerlich erstarbt, trotz aller Hindernisse und Widerwärtigkeiten, die sich ihrer Entwicklung entgegen stellten. Viele und erfolgreiche Arbeit wurde geleistet. Zu wichtigen Lebensfragen der Nation hat der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses Stellung genommen. Als infolge der Marokkoaffäre die Gefahr eines Krieges in bedrohliche Nähe rückte und die Sozialdemokratie eine für das deutsche Volk bedenkliche, ja schmachvolle Haltung einnahm, trat der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses mit einer öffentlichen Kundgebung auf den Plan, die vor der ganzen Welt den Wahnsinn zerstörte, als ob die ganze deutsche Arbeiterschaft hinter der staatsfeindlichen Sozialdemokratie stände. Um der arbeitenden Bevölkerung die Sozialversicherung noch besser dienstbar zu machen, wurde auf Anregung des Kongressausschusses der Gesamtverband deutscher Krankenkassen gegründet. Die Neugründung war notwendig, besonders deshalb, weil der bestehende Zentralverband deutscher Krankenkassen im sozialdemokratischen Fahrwasser segelt und an eine Umkehr von dieser falschen Bahn nicht zu denken ist. In etwa Jahresfrist hatten sich dem neuen Krankenkassenverband circa 200 Kassen mit einer halben Million Mitglieder angeschlossen. Ein Beweis, daß die Neugründung ein dringendes Bedürfnis war. Auf dem Gebiete der Volksversicherung haben die christlich-nationalen Arbeitervereinigungen ebenfalls Vorjorge getroffen. Durch einen Gegenseitigkeitsvertrag mit der Deutschen Volksversicherung A.-G. in Berlin haben die christlichen Gewerkschaften, evangelischen Arbeitervereine Deutschlands und katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands ihren Mitgliedern Gelegenheit zur Versicherung geboten, während die westdeutschen katholischen Arbeitervereine zu diesem Zweck die Sterbe-

kasse „Leo“ ausgebaut haben. Vom wachsenden Einfluß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zeugen die günstigen Ergebnisse der diesjährigen sozialen Wahlen, vor allem der Ausschufswahlen in der Krankenversicherung. Nach einer vorläufigen Uebersicht, die jedoch auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, sind bisher schon in mehr wie 140 Ortskrankenkassen seitens der Versicherten christlich-nationale Mehrheiten gewählt worden, in anderen Klassen dieser Art hat sich die christlich-nationale Arbeiterschaft bedeutende Positionen erarbeitet. Für die weiteren Wahlen zu den Vertretungskörpern der Sozialversicherung eröffnet das günstige Aussehen.

Die bisher erzielten Erfolge dürfen uns jedoch nicht einlullen gegenüber den noch ungelösten, bedeutenden Aufgaben der Zukunft. Die gegenwärtige Zeit ist — vom sozialen Standpunkt aus gesehen — ernst; sie verlangt ein mannhaftes Wort, wie es im Aufruf zum Kongress treffend heißt. Allerhand Gewölle ballt sich am sozialen Horizont zusammen. Unerträgliche soziale Lasten, schädliche Wirkungen, weise Mäßigung in der Sozialpolitik, Schutz der Arbeitswilligen und so ähnlich schwirrt es in der Luft umher. In dieser unklaren Situation muß die bevorstehende Demonstration der christlich-nationalen Arbeiterbewegung lustreinigend wirken. Dem öffentlichen Gewissen muß erneut zum Bewußtsein gebracht werden, daß die wichtigste Aufgabe für Staat und Gesellschaft in der Gegenwart und nächsten Zukunft darin besteht, den minderbemittelten, arbeitenden Volksschichten ihren berechtigten Anteil am Produktionsertrag und Kulturfortschritt zu sichern. Einen Stillstand in der sozialen Reformarbeit kann und darf es nicht geben. Das wird der bevorstehende dritte deutsche Arbeiterkongress unzweideutig zum Ausdruck bringen. Und die Mitglieder und Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung werden aus der Tagung neue Begeisterung für ihre Ideale schöpfen; in ihnen liegt die innere Stärke der Bewegung und die Bürgschaft für den weiteren Fortschritt.

Einleitung des Kongresses.

Der dritte deutsche Arbeiterkongress wurde am Sonntag, den 30. November, mit einer Begrüßungsfeier eingeleitet. Der prächtige große Saal des Lehrervereinshauses war schon vor Beginn der Veranstaltung gefüllt. Nach einer oberflächlichen Zählung der Anwesenheitsliste sind über 400 Delegierte angemeldet. Davon stellen die christlichen Gewerkschaften rund 240. Die übrigen vertreten sich auf die evangelischen und katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, auf Angestelltenverbände und besondere Berufsverbände. Bemerkenswert ist, daß auch ein der Gesamtbewegung der Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereine angegeschlossener Verband, der sogenannte „Alter württembergischer Eisenbahnerverband“, vertreten ist. Im übrigen haben die Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereine bekanntlich eine Beteiligung abgelehnt. Sie fühlen sich getroffen dadurch, daß in den offiziellen Kongressladungen von solchen Organisationen die Rede ist, die auf nationalem und christlichem Boden stehen. „Wir Werkvereine“, so heißt es in einer Veröffentlichung des H.-D. Zentralrates, „halten es für unwürdig, das Christentum zu Reklamazwecken zu mißbrauchen.“ Ferner wird dem Kongressausschuß unterstellt, die H.-D. Gewerbevereine absichtlich vom Kongresse fern gehalten zu haben, um zu verhüten, „daß den christlichen Arbeitern einmal mit aller Deutlichkeit gesagt wird, wo die Lebensmittelvertreuer sitzen.“ Mit dieser lächerlichen Aufgeblasenheit und Unmaßung zeigen sich die Hirsche in ihrer ganzen Hilflosigkeit und Unfähigkeit, in der geeigneten Zeit eine geeignete Gelegenheit zu ergreifen. Daß ihr Fernbleiben übrigens dem Kongresse auch nicht den geringsten Abbruch zu tun ver-

mag, beweist die imposante Begrüßungsveranstaltung. Es sind rund 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte vertreten; werden etwaige Doppelzählige abgezogen, bleiben immerhin rund 1 1/4 Millionen übrig.

Kollege Behrens als Kongressauschussvorsitzender weist in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß der Kongress von außerordentlich großer Bedeutung sei und in allen Kreisen lebhaftes Interesse wachgerufen habe.

Er begrüßt den Vertreter der Reichsregierung, Geheimen Regierungsrat Siefarth, den Vertreter des Handelsministeriums, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Neumann, ferner die Vertreter fast sämtlicher bürgerlichen Parteien des Reichstags und vieler anderer Körperschaften und Vereinigungen. Mit lebhaftem Händeklatschen wurden vor allem Graf von Posadowsky und Freiherr von Verlepsch begrüßt, Männer, deren Namen in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen guten Klang haben.

Die Anwesenheit so vieler, im öffentlichen Leben hervorragender Männer, legt Zeugnis ab von der großen Beachtung, deren sich die christlich-nationale Arbeiterbewegung und speziell ihr dritter Kongress erfreuen.

Behrens weist in seiner Eröffnungsrede auf die einzelnen Tagungsgegenstände hin, die heute so außerordentlich zeitgemäß seien. Dem Koalitionsrecht drohe ernste Gefahr, die Lebensmittelpflicht sei ein Problem geworden und die Wohnungsfürsorge sei eine dringende Sache angesichts der Not, die allenthalben auf diesem Gebiete zu verzeichnen sei.

Dann sagte Behrens wörtlich: Meine Herren! Gelegentlich der Eröffnung des Kongresses von 1907

sahste ich unter einmütiger Zustimmung der versammelten Vertreter aus: Die christlich-nationale Arbeiterschaft will sich nicht von den übrigen Gliedern unseres Volkes trennen, sondern sie will fest mit ihnen verbunden für des Vaterlandes Wohlfahrt und Größe arbeiten und kämpfen.

Wir sind Freunde der Industrie, denn sie gibt dem größten Teil unserer Ständegenossen Arbeit und Existenz. Wir achten und schätzen die Leiter der Industrie. Wir betrachten uns als ihre Mitarbeiter, verlangen aber die gleiche Achtung. Nur im Zusammenwirken werden wir unsere deutsche Industrie auf dem Weltmarkt halten. Wir sind Freunde der Landwirtschaft und des Mittelstandes, weil wir deren Bedeutung für Volk und Vaterland wohl erkannt haben.

Wir müssen aber von diesen Ständen erwarten, daß sie uns vorurteilslos gegenübersehen und unserem Streben Verständnis entgegenbringen. Von dieser grundsätzlichen Stellung sind wir in den vergangenen Jahren nicht abgewichen und das wird auch in Zukunft nicht geschehen. Sie ist die ehrliche Ueberzeugung der vielen tausend Arbeiter und Angestellten, die die christlich-nationale Bewegung bilden.

Wenn daher in der Öffentlichkeit nach der Einberufung des heute zusammengetretenen Kongresses beachtliche Stimmen Zweifel laut werden ließen, so ist dieser mit Nachdruck zurückzuweisen. Das sogenannte "Kartell der schaffenden Stände", in welchem sich drei angesehene Vereinigungen der Großindustrie, der Landwirtschaft und des Mittelstandes zusammenfanden, hat Kundgebungen erlassen, die sehr wichtige Angelegenheiten und die Freiheiten des Arbeiter- und Angestelltenstandes berühren.

Solcher Zusammenschluß der schaffenden Stände eines Volkes ist gut, aber er ist unvollständig, so lange nicht die Arbeiterschaft am gleichen Tische sitzt.

Es ist ein Unrecht, Lebensfragen unseres Standes, des Arbeiterstandes, zu beraten, ohne daß wir christlich-nationalen Arbeiter als gleichberechtigte Glieder mittaten und mitraten. Wir hegen keine unfreundlichen Gesinnungen gegen Industrie, Landwirtschaft und Mittelstand, wir bekämpfen niemand das Recht, seine Meinung zu äußern, aber wir können, als die große christlich-nationale Vertretung der deutschen Arbeitnehmer, nicht schweigen, wenn es sich um das Interesse unseres Standes handelt. Man kann auf die Dauer nicht die schaffenden Stände kartellieren, ohne die Lohnarbeiter und Angestellten, die ziffernmäßig den weitaus größten Teil der schaffenden Stände bilden, als Gleichberechtigte heranzuziehen. Wir stehen zu dem Worte, das unser Reichstagspräsident bei der Eröffnung unseres vorigen Kongresses zu uns sprach: "Ich kenne keine größere Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, als die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die gesellschaftliche Ordnung. Wenn Sie sich dieser Aufgabe hingeben, dann sorgen Sie nicht nur für die wirtschaftliche Wohlfahrt des Arbeiterstandes, für die steigende Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur und des politischen Lebens, sondern dann leisten Sie dem Vaterlande, dessen Kinder wir doch alle sind, den größten Nutzen. Die Art unserer zukünftigen Entwicklung wird davon abhängen, ob die deutsche Arbeiterschaft gewillt ist, auf diesem Boden zu treten." Der deutsche Arbeiterkongress ist gewillt, auf diesem Boden zu treten! Mögen das gleiche auch die anderen schaffenden Stände unseres Volkes tun!

Die Hunderttausende, die in unseren Reihen stehen, haben ihre religiösen und nationalen Ideale im täglichen Kampf gegen Sozialdemokraten und auch gegen andere Spötter und Bedrücker aus anderen Schichten fest. Unsere Freunde müssen täglich für ihre Ständesinteressen ebenso wie für ihre nationale und wirtschaftliche Ueberzeugung Opfer bringen.

Solche dauernden Opfer kennen die anderen Stände in diesem Maße kaum. Unsere Freunde im Lande, die uns mit ihrer Vertretung auf dem Kongress beauftragt haben, bringen die Opfer, gilt es doch, im Volkstieben, in dem zahlreichen Arbeiterstande, eine in dem Boden christlicher und nationaler Lebensanschauung fest verankerte, unerschütterliche, unabhängige Ständebewegung zu schaffen. Dieses Bemühen ist unseren Freunden durch die von kurzfristigem Unternehmertum orientierte Zerstückelung der nationalen Arbeiter-

bewegung durch die Organisierung der Selben, die sich treffend Wirtschaftsfriedliche nennen, aber nicht einmal unter sich Frieden halten, erschwert worden, und jetzt wünscht man auch noch eine Gesetzgebung, die in ihrer Wirkung gegen den Arbeiter- und Angestelltenstand sich richten würde. Und weil wir dieses Bestreben ablehnen, so unterstellt man einem wesentlichen Teil unserer Bewegung, daß er seine Grundsätze soweit zu ändern bereit sei, um mit der sozialdemokratischen Bewegung einen modus vivendi finden zu können. Eine solche Unterstellung weisen wir ab. Gegenüber den revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie kennen wir nur Kampf und keine Halbheit. Unser Kongress ist berufen, neben den bereits besprochenen Aufgaben erneut festzustellen, daß es uns ebenso fern liegt, dem Wohlergehen der Industrie, der Landwirtschaft und des Mittelstandes entgegenzuwirken, als wir mit Nachdruck und Zähigkeit im deutschen Erwerbsleben die wohlverstandenen Arbeiter- und Angestellteninteressen jederzeit wahrnehmen und zur Geltung bringen werden.

Meine Herren, das Jahr 1913 hat in unserem Volk die Erinnerung an jene große Zeit vor hundert Jahren

wieder geweckt, in welcher das deutsche Volk für die Befreiung des Vaterlandes vom fremden Joch Gut und Blut siegreich einsetzte. Aber auch die Erinnerung daran ist wachgerufen worden, daß jene heldenmütige Befreiung des Vaterlandes mit einer Erneuerung des Volksgeistes in nationaler und religiöser Richtung und zugleich mit Reformen auf den verschiedenen staatlichen und rechtlichen Gebieten verbunden war, die ihr teilweise vorausgingen. Diese Reformen brachten dem Volke Vertrauen entgegen und lösten die im Volke schlummernden religiös-sittlichen Kräfte. Solche unwägbaren Werte will auch unsere christlich-nationale Bewegung dem Vaterlande erhalten, stärken und daran mitwirken, daß sie da, wo sie verloren gingen, wieder geweckt werden. Ebenso herzlich haben unsere Kameraden in Stadt und Land an dem Regierungsjubiläum Sr. M. unseres Kaisers teilgenommen, denn in unserer Bewegung ist ein gut deutscher Geist lebendig. Wir stehen treu mit Gott zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland. Das Bekenntnis, daß unser Kaiser nach seinem Regierungsantritt in der ersten Thronrede ablegte, die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen im Sinne der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 weiterzuführen, und die Februar-Erlasse von 1890 sind tief in den Herzen unserer Freunde eingegraben. Die Förderung und der Ausbau der sozialen Gesetzgebung in Deutschland während der 25-jährigen Regierungszeit unseres Kaisers gehört zu den wertvollsten Errungenschaften seiner Regierung. Der Kaiser besitzt in unserer aller Herzen einen Fels der Liebe und des Vertrauens. Um dieser Gesinnung Ausdruck zu geben, stimmen Sie ein mit mir in den Ruf:

"Der Kaiser hoch".

Hiermit erkläre ich den Kongress für eröffnet. In das Hoch stimmte die Versammlung begeistert ein. Im Anschluß hieran schlug Behrens unter lebhaftem Beifall des Kongresses ein Jubiläumstelegramm an den Kaiser vor.

Die Begrüßungsansprachen.

Geheimer Regierungsrat Siefarth begrüßt den Kongress im Namen des Reichstanzlers und des Handelsministeriums; im Namen der deutsch-konservativen Partei Abgeordneter Graf von Carmer, dessen Ausführungen jedoch wohl nicht in allen Punkten den ungeteilten Beifall der Kongressdelegierten gefunden haben werden, so sehr auch im allgemeinen seine Worte sympathisch sein mögen. Für die freikonservative und die Reichspartei sprach Herr Vinz, für die Wirtschaftliche Vereinigung Herr Abgeordneter Liz. Mumm, für Zentrumspartei Herr Abgeordneter Spahn, für national-liberale Partei Herr Abgeordneter Böttcher. Mit begeistertem Händeklatschen begrüßt nahm dann der edle "Graf im Barte", der Staatsminister für Sozialpolitik, Graf von Posadowsky das Wort, um in längeren Ausführungen zu begründen, daß er ein entschiedener Freund der christlichen Gewerkschaften sei. Ebenfalls lebhaft begrüßt sprach Freiherr von Verlepsch für die Gesellschaft für Sozialreform. Die Wünsche des Zentralausschusses der Inneren Mission der deutschen evangelischen Mission überbrachte Pfarrer Scheffen; die des Volksvereins für das katholische Deutschland Generalsekretär Reichstagsabgeordneter Dr. Pieper, des Freien kirchlich sozialen Kongress Professor Seeborg, des Bund deutscher Bodenreformer Herr Geheimrat Dr. Bremer; für die christlichen Gewerkschaften sprach Kollege Spalowsky-Wien, für die Evangelisch-soziale Schule Studiendirektor Jäger-Bielefeld.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen konnte Kollege Behrens feststellen, daß diese Begrüßung einen glänzenden Auftakt für den Kongress bilde und die besten Aussichten für die eigentlichen Verhandlungen eröffne.

Konstituierung des Kongresses und Bericht des Ausschusses.

Auf Vorschlag des Kollegen Wieber-Quisburg wurden in die Leitung des Kongresses gewählt: Stegerwald und Behrens als Vorsitzende, Gasteiger-München und Bechly-Hamburg als Schriftführer, als Beisitzer Fräulein Behm-Berlin, Kloss-Waldenburg, Martin-Witten.

Nach der Konstituierung des Kongresses gab Kollege Behrens den Bericht des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses.

Der 1907 gewählte zwölfgliedrige Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses hat sich durch Zuwahl der Herren Bechly-Hamburg, Guttsche-Eberfeld, Martin-Witten und Wegner-M.-Glabach ergänzt. Der Ausschuss hat in der Berichtszeit

wiederholt Kundgebungen erlassen, weittragende Beschlüsse gefaßt und wichtige Anregungen gegeben. U. a. nahm er Stellung zu dem Arbeitskammergesetz-Entwurf. In einer vielbeachteten Entschliessung wies er die anlässlich des Marokkonoflikts von sozialdemokratischer Seite betätigte Agitation für den politischen Waffenstillstand im Falle kriegerischer Entwicklungen kräftig zurück. Ferner regte er mit Erfolg die Verlängerung der Amtsdauer der Mitglieder des Reichsversicherungsamts bis zur Neuordnung der Versicherungsbehörden nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung an. Auf Veranlassung und unter tatkräftiger Mitwirkung des Ausschusses wurden der Gesamtverband Deutscher Krankenkassen und die Zeitschrift "Die Krankenversicherung" gegründet. Dieser Verband ist ein wahrhaft nationales Werk von gewaltiger Wirkung für das deutsche Krankenversicherungswesen. Auf dem Gebiete der Volksversicherung betätigte sich der Ausschuss durch Mitwirkung bei Gründung der "Deutschen Volksversicherung A.-G." Bedauerlich ist, daß hauptsächlich durch Schuld des Geheimrats Kapp von den öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsgesellschaften das angestrebte Zusammengehen aller nationalen Kreise auf diesem Gebiete scheiterte. Immerhin kann der Ausschuss mit Befriedigung und Stolz auf das in der Deutschen Volksversicherung A.-G. vorhandene nationale und soziale Werk, an dessen Gestaltung er mitwirkte, blicken.

Unsere Bewegung ist in der Berichtszeit wieder stark angewachsen und hat schöne Erfolge errungen. Bei den Vertreterwahlen zur Angestellten-Versicherung hat der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband vorzüglich abgeschnitten und die in diesem Herbst bis heute stattgefundenen Wahlen zu den Krankenkassen-Ausschüssen und -Vorständen, bei denen unsere Kongressverbände gemeinschaftlich vorgingen, haben uns sehr schöne Erfolge gebracht. In einer großen Reihe von Städten, wo die Krankenversicherung bisher von der Sozialdemokratie beherrscht wurde, ist ein ganz anderer Zustand geschaffen worden, und in vielen Ortskrankenkassen haben unsere christlich-nationalen Arbeiter die Mehrheit, bzw. diese Vertretungen sind vollständig von uns besetzt.

Die Mitglieder unserer Bewegung sind bewußt national empfindende Männer und Frauen. In den Kongressverbänden pulsiert lebendiger nationaler, monarchischer Geist. Unsere Bewegung ist im nationalen Leben unseres Volkes fest verankert. So war es selbstverständlich, daß wir an dem Regierungsjubiläum unseres Kaisers lebhaften Anteil nahmen und mehrere unserer Verbände Adressen durch Abordnungen überreichen ließen. Die freundliche Stellung Seiner Majestät zu unserer Bewegung geht aus dessen Teilnahme an der anlässlich der Tagung des Gewerksvereins der Heimarbeiterrinnen auf Veranlassung Ihrer Majestät der Kaiserin gegebenen Festvorstellung im Königl. Schauspielhaus hervor.

Im Gegensatz zu dem Bericht von 1907 kann ich heute feststellen, daß ein Teil unserer Forderungen gesellschaftlichen Niederschlag gefunden haben. Zwar scheiterte das Zustandekommen der Arbeitskammern und der Reichsfähigkeit der Berufsvereine. Dagegen gelangte ein Reichsvereinsgesetz zur Verabschiedung. Auf dem Gebiete der sozialen Versicherung ist an die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung und an die Angestellten-Versicherung zu erinnern. Das von unserem zweiten Kongress geforderte Verhältniswahlrecht für alle sozialen Wahlen ist durch diese Gesetze für ihren Geltungsbereich eingeführt worden. Verabschiedet wurden ferner ein Stellenvermittlergesetz, das den größten Auswüchsen auf diesem Gebiet entgegenwirkt, und ein Hausarbeitsgesetz, welches unsere Kollegen und Kolleginnen aus der Heimarbeit so dringend verlangten. Der Bergarbeiterschutz fand durch Einführung der Sicherheitsmänner eine Erweiterung; ebenso wurden in das Waldgesetz arbeiterfreundliche, den Arbeiterschutz fördernde Bestimmungen aufgenommen. Zwei sozialpolitische Novellen zur Gewerbeordnung wurden verabschiedet. Durch sie fand eine Abänderung der Bestimmungen statt, die den Arbeiterschutz regeln. Der Schutz der Jugendlichen und Frauen wurde erweitert, deren Nachtarbeit und Beschäftigung in besonders gefährlichen Betrieben verboten. Durch eine Bundesratsverordnung wurden Vorschriften für den Arbeiterschutz in der Schwerindustrie, Häuten- und Walzwerken usw. eingeführt. Die 1907 geforderte Ausdehnung der Sonntagruhe ist leider in unzureichendem Umfang in diesen Tagen dem Reichstage als Gesetzentwurf vorgelegt worden.

Es ist also auf sozialpolitischem Gebiet in der Berichtszeit vorwärtsgewandten und eine größere Anzahl unserer Wünsche sind berücksichtigt worden. Unsere Bewegung hat inzwischen auch durch bessere Vertretung in den Gemeindeverwaltungen und Parlamenten Fortschritte gemacht. Unsere Stellung zur sozialdemokratischen Bewegung hat sich selbstverständlich grundsätzlich nicht verändert. Alle Pressenachrichten dieser Art beruhen auf irrtümlichen Annahmen. Mit Bedauern ist festzustellen, daß die gelbe Bewegung, die wir nicht als ehrliche Arbeiterstandesvertretung anerkennen können, eine unselbige Zersplitterung in die nationale Arbeiterbewegung gebracht hat.

Aufs Ganze gesehen, können wir sagen, daß unsere Bewegung in der Berichtszeit mit Erfolg gewirkt hat und daraus Segen für die minderbemittelten Volksgenossen und für das Vaterland gestossen ist. Möge auch der jetzige Kongress mit neuem Erfolg nach den altbewährten Grundsätzen unserer Bewegung wirken.

Damit war die Tagesordnung für den Sonntag erledigt. Fortsetzung Montag morgen 9 Uhr.

Unser Antrag an den Kongress.

Der Zentralvorstand unseres Verbandes hat bei der Sitzung des deutschen Arbeiterkongresses folgenden Antrag eingereicht:

"Der dritte deutsche Arbeiterkongress empfiehlt den angegliederten Organisationen und den Ausschüssen für soziale Angelegenheiten dringend, die Errichtung von Sekretariaten behufs wirksamer Vertretung der Arbeiter vor den Oberversicherungsämtern."

Zur Begründung dieses Antrages sei folgendes angeführt: Der Antrag ist aus einem zwingenden Bedürfnis heraus entstanden; hier herrscht in unserem Lager eine große und empfindliche Lücke. Die Mitglieder unserer Vereine und Gewerkschaften, sowie viele Unorganisierte, die ihrer Gesinnung nach zu uns gehören, stehen an den Oberversicherungsämtern ohne jede persönliche Vertretung da. Die Sozialdemokratie hat bei jedem Ober-

versicherungssamt bereits einen, stellenweise — z. B. in Düsseldorf — zwei besondere freigestellte Vertreter der Versicherer.

Auch haben sich die gelben Werkvereine diesen Teil der Arbeiterinteressenvertretung als eine Spezialität ausbedungen.

Die Behandlung der schuldlosen Arbeiter vor den Oberversicherungsämtern ist nicht immer einwandfrei. Es sei nur an den Prozeß des Vorsitzenden des Oberversicherungsamtes zu Düsseldorf contra Zimbusch erinnert. Man wöhne einmal mehrere Tage den entsprechenden Verhandlungen bei, oder lasse sich die Sache von Augen- und Ohrenzeugen schildern.

Die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz steht bei ihren 221 Millionen Mark Vermögen und ihren gewiß mancherlei schönen Einrichtungen (Heilstätten) dennoch in dem Ruf, in den unteren Instanzen manchmal sehr hart vorzugehen. Ebenso sei erinnert an die sogenannten „Knochenmühlen“ der Unfallversicherung. Die Behandlung in diesen Anstalten ist auch nicht immer so wie sie sein sollte, das wird von oben herab gewiß nicht gewünscht, aber infolge von Unkenntnis und der Hisslosigkeit der betreffenden Arbeiter entsteht viel Unheil. Hier kann geholfen werden. Dies ist umso notwendiger, als vom 1. Januar 1914 ab die Oberversicherungsämter in mindestens 90% aller Fälle die oberste Instanz bilden wird, in Zukunft sind Reklame bzw. Revisionen beim Reichsversicherungsamt nur in solchen Fällen möglich, die einer prinzipiellen Entscheidung bedürfen.

Heute liegt die Sache so: die Arbeiterssekretäre auf den Volksbüros, sowie manche Gewerkschaftsbeamte fertigen für die betr. Arbeiter die Schriftstücke an, vertreten die Arbeiter auch hin und wieder bei den Versicherungsämtern, aber die so notwendige und bedeutsame persönliche Vertretung beim Oberversicherungsamt fehlt in mindestens 90% aller Fälle. Wo eine solche Vertretung aber stattfindet, kommt es nicht selten vor, daß sich ein evangelischer und ein katholischer Arbeiterssekretär, der Leiter eines Volksbüros und auch noch dieser oder jener Gewerkschaftsbeamte am Oberversicherungsamt treffen. Jeder vertritt vielleicht einige wenige Fälle, alle aber haben Reiseflosten, Speisen und dergl., kurz, es herrscht kein System in der Sache.

Dagegen haben wir beim Reichsversicherungsamt in Berlin wiederum die persönliche Vertretung durch den Kollegen Kriebler, dessen Tätigkeit aber noch eine ganz andere Bedeutung erlangen würde, wenn die vorhandene Lücke bei den Oberversicherungsämtern durch Spezialisten systematisch ausgefüllt würde.

Die Sache hat eine große materielle Bedeutung. Viele tausende und hunderttausende von Mark Löhnen für die Arbeiter herausgeholt werden. Diese Erfolge sind in sehr vielen Fällen durchaus sicher und sie befriedigen die beteiligten Arbeiter auch.

Dazu kommt die agitatorische Bedeutung. Es steht außer jedem Zweifel, daß die Sozialdemokraten durch ihre systematische Pflege des Rechtschutzes einen großen Teil ihrer agitatorischen Erfolge zu verzeichnen haben. Die Sache spricht sich sehr schnell rund, das Vertrauen der Arbeiter zu ihr wird dadurch geweckt und gefördert. Überall da, wo die Sozialdemokratie nicht sofort durch Organisationen irgend welcher Art eingreifen kann (z. B. in Oberschlesien u.) versucht sie es durch planmäßigen Rechtschutz und erreicht auf diese Weise langsam aber sicher ihr Ziel. Auch in unserem Lager sind derartige Beispiele vorhanden.

Was die praktische Durchführbarkeit betrifft, so würde es bei einem zweckentsprechenden Zusammengehen der beteiligten Arbeitervereine beider Konfessionen und der interessierten Gewerkschaftsverbände durchaus leicht sein, bei den Oberversicherungsämtern in Düsseldorf — hierzu gehört fast der ganze Regierungsbezirk — Köln, Aachen, Dortmund, Münster i. W. usw. je einen freigestellten Spezialisten beizustellen bzw. ein Arbeiter-Vertretungs-Sekretariat errichten zu können.

Jedenfalls dürfen wir in unserem Lager diese Angelegenheit nicht vernachlässigen, das würde sich schwer rächen.

Allgemeine Rundschau.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hielt vom 20. bis 22. Nov. in Düsseldorf unter zahlreicher Beteiligung ihre sechste Hauptversammlung ab. Außer Vertretern der Reichs- und Staatsregierung und der Stadt Düsseldorf nahmen hervorragende Männer der Wissenschaft an den Verhandlungen teil. Die christlichen und p.-d. Gewerkschaften hatten ebenfalls eine Vertretung entsandt. Zum ersten Male seit Bestehen der Gesellschaft wohnten auch Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften der Tagung bei. Mit großer Frische und Lebhaftigkeit leitete der Vorsitzende der Gesellschaft, der verdiente Herr von Berlepsch, die Verhandlungen.

Die Tagung war ausschließlich den Fragen des Arbeiterrechts und des gewerblichen Einigungs-wesens gewidmet. In einem großzügigen, gedanklich klaren Referate behandelte Rechtsanwalt Einzheimers-Frankfurt die Frage des tariflichen Rechts und seine Reformen. Der Redner stellte recht schöne Reformpunkte auf, die jedoch manchmal den praktischen Sinn stark vernachlässigen. Er verlangte die Schaffung eines besonderen Arbeiterrechts, in dem auch die Tarife eine rechtliche Sicherheit erhalten. Die Diskussion, an der sich Juristen sowohl als auch die Vertreter der drei Gewerkschaftsrichtungen beteiligten, zeitigte das Ergebnis, daß die Frage des Tarifrechts noch nicht genügend geklärt ist und daß die Meinungen hierüber weit auseinandergehen. Die Gewerkschaftsvertreter brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß zwar eine größere Rechtsklarheit und -Sicherheit für die Tarifverträge geschaffen werden müsse, jedoch seien zur Zeit die Verhältnisse dafür noch nicht

reif genug. Manche mit der rechtlichen Regelung des Tarifvertrages verknüpften Fragen böten eine ernsthaftige Gefahr für die Gewerkschaften in sich.

Über neue Aufgaben des gewerblichen Einigungswesens sprach Professor Dr. Waldemar Zimmermann. Obwohl das gewerbliche Einigungs- und Schiedswesen in der deutschen Gewerbetwelt im letzten Jahrzehnt große Fortschritte und Erfolge aufzuweisen, empfehle sich eine zweckdienliche äußere und innere Ausgestaltung dieser Streitlichungsanstalten mit moralischen, organisatorischen und rechtspolitischen Mitteln. Redner machte eine Reihe Vorschläge, stellte aber als das Entscheidende für die gedeihliche Weiterentwicklung des Prinzips friedlicher Verhütung und Beilegung von Arbeitszweisten folgende vier Dinge in den Vordergrund: der systematische Ausbau unabhängiger, gut geleiteter Berufsorganisationen auf Arbeiter- und Arbeitgeberseite, die Pflege des Geistes kollektiver Verständigung zwischen beiden Lagern auf dem Fuße einer richtig verstandenen Gleichberechtigung — wobei der öffentlichen Meinung eine nicht geringfügige Rolle zufällt —, die Sicherung der Tarifvertragserfüllung und der weitblickende Ausbau des hergebrachten gesetzlichen Einzelvertragsrechts der Arbeitsverhältnisse zu einem neuzeitlichen „sozialen“ Arbeitsrecht.

Im engsten Zusammenhange hiermit stand das Referat des Freiherrn von Berlepsch: Brauchen wir ein Reichseinigungsamt? Der verbiente Sozialpolitiker bejahte die Frage mit aller Entschiedenheit und machte im einzelnen Vorschläge über die Ausgestaltung der zu schaffenden Behörde. Wir erinnern daran, daß Freiherr von Berlepsch bereits auf dem Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu der gleichen Frage Stellung genommen hat. In der Diskussion zu diesen Themen wurde von Vertretern des Gutenbergbundes und vom Kollegen Purtschke, dem Vorsitzenden des christlichen Holzarbeiterverbandes, auf das Recht der Minderheitsorganisation im Schieds- und Einigungsweisen hingewiesen und zwar mit dem Erfolge, daß sich der zweite juristische Beirat am Tarifamt des Buchdruckergewerbes mit vollständig unnützigem Schärfe und ziemlich schnodderigem Tone gegen diese Diskussionsredner wandte. Der übereifrige Mann mußte sich jedoch von dem Kollegen Thranert eine Abfuhr zuteil werden lassen, die ihm sicher nicht angenehm bekommen ist und die auf seine Gedächtniskraft wie auf seine Kenntnisse der organisatorischen Verhältnisse in dem von ihm vertretenen Gewerbe gerade kein glänzendes Licht warf.

Bemerkenswert war in der Diskussion noch, daß auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften sich für ein Reichseinigungsamt aussprach. Bisher hatten die „freien“ Organisationen eine solche Einigung abgelehnt.

In der der Hauptversammlung nachfolgenden Ausschlußsitzung wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verschlechtern, wendet und betont, daß die bestehenden Gesetze für einen Schutz der Arbeitswilligen durchaus genügen. Wir werden demnächst auf einzelne Beratungsgegenstände der Tagung zurückkommen.

Arbeitslosenversicherung. In Baden haben die christlichen Gewerkschaften gemeinsam mit den konfessionellen Vereinen dem Landtag eine Petition eingereicht, die die Förderung der Arbeitslosenversicherung zum Zweck hat. Die Petition enthält zunächst eine eingehende Begründung und schließt mit folgenden Wünschen: Die hohe Zweite Kammer wolle beschließen: Die Großh. Staatsregierung zu ersuchen, sie möge

- a) im Bundesrat für die Schaffung einer Reichsarbeitslosenversicherung eintreten;
- b) den Kommunalverwaltungen nahelegen, bis zur Schaffung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung eigene Arbeitslosenversicherungen zu schaffen, wobei die in der von der Großh. Staatsregierung im Jahre 1909 herausgegebene „Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung“ und die dort aufgestellten Leitsätze als Grundlage dienen mögen;
- c) durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Budget es ermöglichen, daß den Kommunalverwaltungen, die Arbeitslosenversicherungen schaffen, die gemachten Ausgaben in der Höhe von 50 Prozent aus Staatsmitteln erstattet werden;
- d) den Kommunalverwaltungen nahelegen, die Errichtung von Arbeitslosenversicherungen in enger Verbindung mit den beruflichen Organisationen der Arbeiter vorzunehmen, da diese durch ihre eigenen Arbeitslosen-Unterstützungseinrichtungen schon reiche Erfahrungen gesammelt haben, und an einer Bekämpfung etwaiger Simulation das allergrößte Interesse haben.

Die Petition haben unterzeichnet der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften (Bezirk Baden), der Diözesanverband der katholischen und der Verband der evangelischen Arbeitervereine, der Diözesanverband der katholischen Arbeiterinnen- und jener der katholischen Gefellensvereine. Öffentlich ist der Petition ein Erfolg beschieden.

Hausabund und Arbeitswilligenschutz. Der Industrierrat des Hausabundes verlangte unlängst in einer Sitzung eine gleichmäßige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs. Von Reichs wegen soll für den Erlaß entsprechender gleichmäßiger Verordnungen gesorgt und die Polizeibeamten über das Recht resp. die Pflicht des Einschreitens bei Streikereignissen gebührend aufgeklärt werden. Mit anderen Worten, es soll das Streikpostenfischen erzwungen resp. unmöglich gemacht wer-

den. Weiter verlangte er die Einführung eines beschleunigten Strafverfahrens. Die Anwendung des § 31 des StGB. (Haftbarmachung) auf die Gewerkschaften und die Ergänzung und Abänderung der §§ 240/241 des StGB. im Sinne einer schärferen Erfassung der Begriffe der strafbaren Bedrohung und Nötigung. Das alles zu dem Zweck, die „unabhängigen Arbeiter“ vor dem „übermütigen Terrorismus“ der Gewerkschaften zu schützen.

Am 8. November nun hat das Direktorium des Hausabundes zu diesen Forderungen an die gesetzgebenden Körperschaften Stellung genommen. Ueber die Verhandlungen berichtet der Bund wie folgt:

„Das Direktorium war einig in der Anerkennung des Grundgedankes, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht angetastet, sondern erhalten und gefördert werden müsse, und daß von Ausnahmegesetzen nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der heutigen Zustände zu erwarten sei. Man müsse aber, auch bei unbedingter Festhaltung dieser Grundgedanke, anerkennen, daß die Koalitionsfreiheit nicht ein Recht auf Ausschreitungen und nicht das Recht in sich schließen könne, bei Streiks, wie dies vielfach in den letzten Jahren geschehen sei, einen förmlichen Belagerungszustand gegen die Unternehmer in Industrie, Kleingewerbe und Handwerk zu verhängen. Diesen schweren Mißständen werde man jedoch, woran es bisher vielfach gefehlt habe, in weitem Umfange dadurch abhelfen können, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen in vollem Umfange gehandhabt und zur Geltung gebracht würden. Dabei komme es auch den Unternehmern in Industrie, Kleingewerbe und Handwerk nicht etwa auf möglichst harte Bestrafung begangener Ausschreitungen, sondern lediglich darauf an, daß in möglichst weitem Umfange Streitausschreitungen und damit Bestrafungen überhaupt verhütet würden. Von diesen Grundgedanken ausgehend, verpflichtete man überwiegend dem Wunsch des Industrierrats bei, daß seitens des Reichsanwalters oder durch dessen Vermittlung seitens der obersten Landesbehörden den staatlichen Exekutiv-Organen eine klare, gemeinverständliche und objektive Darlegung des bestehenden Rechtszustandes und der bisherigen vielfach widerspruchsvollen Praxis sowie ferner der zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen vorhandenen Verordnungen gegeben werde. Man dürfe bestimmt hoffen, daß durch eine solche Darlegung einem großen Teile der heute vorkommenden bedrohlichsten Ausschreitungen in der Folge, worauf es vor allem ankomme, vorgebeugt werde. Was das gegenwärtig geltende allgemeine Strafverfahren betrifft, so war man nahezu allgemein der Ansicht, daß sich, namentlich bei erfolgter Verhaftung des Angeklagten, in allen Straffällen, also nicht etwa nur in Streikfällen, eine Beschleunigung des erstinstanzlichen Verfahrens, speziell des Vorverfahrens, sehr empfehle. Die Beschleunigung sei seit langer Zeit von Vertretern der verschiedensten Richtungen gewünscht worden und ist auch bereits im letzten Entwurf einer Strafprozeßordnung vorgesehen. Voraussetzung sei aber, daß mit dieser Beschleunigung keine Beschränkung der Rechtsmittel oder der Verteidigung des Angeklagten verbunden werde. In bezug auf die infolge der Anregungen des Industrierrats weiter aufgeworfenen Fragen, ob sich eine allgemeine, also weit über den Schutz der Arbeitswilligen hinausgehende Erweiterung des Tatbestandes der §§ 240 und 241 StGB. (Nötigung und Bedrohung) und eine Ausdehnung des § 31 StGB. auch auf nicht eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine empfehle, wurde beschloffen, zunächst noch den Gesamtausschuß und die über diese Anträge noch nicht gehörten Ortsgruppen und angeschlossenen Verbände gutachtlich zu hören und das Ergebnis durch einen Ausschuß prüfen zu lassen, der aus Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe (einschließlich der Angestellten) zusammengesetzt werden soll. Die Notwendigkeit dieses Beschlusses ergab sich aus folgenden in der Diskussion geltend gemachten Erwägungen. Hinsichtlich der ersten Frage (§§ 240 und 241 StGB.), gegen deren Bejahung sich übrigens innerhalb des Direktoriums mehrfacher Widerspruch erhob, war in der Diskussion darauf hingewiesen worden, daß man in eine Erörterung derselben erst dann eintreten könne, wenn man sich — was bisher nicht geschehen ist — über die Fassung etwaiger neuer Vorschriften klar und einig geworden sei. Diese Fassungfrage sei aber, worauf sowohl von industrieller wie von anderer Seite aufmerksam gemacht wurde, um so schwieriger, als hierbei der von verschiedenen Seiten in großem Umfang betriebene wirtschaftliche und politische Zwang- und Machtpolitik und ebenso die für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig wichtige Frage der Verurteilung, also überaus wichtige, weittragende und ungemein schwierige Fragen, ohne weiteres mit zur Debatte ständen. Was aber die zweite Frage betrifft (§ 31 StGB.), so ergab sich aus der Diskussion, daß die gewünschte Ausdehnung dieses Paragraphen auch auf nicht eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine ohne Zweifel sehr erhebliche, unter Umständen den konkreten Anwendungsfällen weit übersteigende Konsequenzen (z. B. in bezug auf die Frage der Zwangsverleihung der Rechtsfähigkeit) haben werde, und zwar notwendigerweise nicht lediglich für eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine, sondern für alle nicht eingetragenen Vereine.“

Diese Ausführungen zeigen, wie ungemein schwierig die Regelung dieser Materie ist, wenn man nach allen Seiten hin konsequent und gerecht sein will. Eine Regelung, die wirklich konsequent und gerecht ist, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich behandelt, hätten auch wir nicht zu fürchten. Eine solche will man aber in Unternehmerrreisen nicht. Es sollen lediglich die Arbeiter resp. die Gewerkschaften getroffen werden. Was dagegen sehen wir uns zur Wehr.

Arbeitswilligenschutz. Immer wieder klagen und jammern die Scharfmacher über den angeblich ungenügenden Schutz der Arbeitswilligen. Nun lesen wir über dieses Kapitel in der „Deutsch. Arb.-Ztg.“ folgendes: „Die ordentlichen Gerichte scheinen sich endlich ihrer Pflicht bewußt zu werden, die Arbeitswilligen in nachdrücklicher Weise gegen den Terrorismus der Gewerkschaften in Schutz nehmen zu müssen, jedenfalls soweit, als dies die bislang durchaus unzureichende Gesetzgebung zuläßt. Bekanntlich hat erst kürzlich die Erfurter Strafkammer den Gewerkschaftsbeamten Karl Rr. wegen Beleidigung eines

Arbeitswilligen durch das Wort „Streitbrecher“ zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses harte, aber gerechte (?) D. Red. d. Zeitl. (Btg.) Urteil, welches von dem Reichsgericht bestätigt worden ist, wird sicher dazu beitragen, daß künftighin die Angestellten der Gewerkschaften sich etwas vorsichtiger benehmen, wenn es sich darum handelt, Arbeitswillige von der Arbeit zu vertreiben.

Wir sind der Ansicht, daß die ordentlichen Gerichte sich längst ihrer Pflicht bewußt geworden sind. Die in den letzten Jahren gefällten Urteile beweisen das. Interessant ist, daß selbst die „Arb.-Btg.“ das vorerwähnte Urteil als hart bezeichnet. Und trotzdem bringt sie es fertig, kurz vorher von einem unzureichenden Schutz der Arbeitswilligen zu sprechen! Ja, was will sie denn eigentlich? Verlangt sie gar Zuchthausstrafe für derartige „Verbrechen“? Gerecht soll obige Strafe sein, meint sie ferner. Wenn diese Strafe gerecht ist, dann kennen wir Unternehmer, die nach dem Maßstab der „Arb.-Btg.“ gemessen mindestens einige Jahre Gefängnis verdienen für den gegenüber organisierten Arbeitern ausgeübten Terror. Denn — was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Allerdings, davon wird die „Arb.-Btg.“ nichts wissen wollen. Ihr ist's ja offenbar nicht um die Gerechtigkeit, sondern um eine Niederbützelung der selbständigen und unabhängigen Arbeiterorganisationen zu tun.

Eine andere Stimme. In der letzten Zeit wurden öfter Stimmen laut, die von einem Zuviel auf dem Gebiete der staatlichen Sozialpolitik sprachen. Die Dinge wurden so dargestellt, als ob der Arbeiter berechnete Forderungen nicht mehr zu stellen habe, als ob alles geschehen sei, was vom Standpunkt einer vernünftigen, das Gesamtwohl berücksichtigenden Sozialreform verlangt werden könne. Es ist vor allem das Buch des Herrn Professor Bernhardt: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“, das obigen Standpunkt vertritt, und vor allem unsere Sozialversicherung als zu weitgehend bezeichnet. Demgegenüber sei heute eine Stimme angeführt, die gerade den entgegengesetzten Standpunkt vertritt. In Conradts Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik untersucht Dr. med. Alfons Fischer-Parkruhe in einer Abhandlung: „Vermehrte Folgen der deutschen Sozialpolitik“, die Frage, ob die physische (körperliche) Verelendung der deutschen Arbeiterbevölkerung ab- oder zugenommen habe. Der Verfasser kommt nach einer Prüfung des einschlägigen statistischen Materials zu folgendem interessanten Ergebnis:

„Die von amtlichen und privaten Seiten oft geäußerten Behauptungen, daß es mit Hilfe der Arbeiterversicherung gelungen sei, die Volksgesundheit zu heben, sind bisher ziffernmäßig nicht bewiesen worden. Während

die von Bernhardt vertretene Ansicht, daß die Sozialversicherung in erheblichem Umfange unerwünschte Folgen gezeitigt habe, als einseitig und tendenziös zu betrachten und als widerlegt anzusehen ist, muß geprüft werden, ob die hygienischen Erfolge, die man von der Sozialversicherung erwartet hat, in die Erscheinung getreten sind. Es ist zu wünschen, daß die vom Reichstag geforderte amtliche Untersuchung über den gesundheitlichen Nutzen unserer sozialen Gesetzgebung sobald als möglich durchgeführt wird, um uns Klarheit über das Resultat unserer, mit vielen Opfern an Geld und Arbeit verbundenen legislativen Maßnahmen zu verschaffen. Nach dem bisher vorliegenden amtlichen Material vermehrt man deutliche Zeichen, welche Verbesserungen auf dem Gebiete des Volksgesundheitswesens überzeugend dorthin wirken. Eher sind Symptome für eine Verschlechterung der physischen Beschaffenheit bei der Arbeiterbevölkerung wahrzunehmen. Als solche Symptome sind zu betrachten: 1. Die zunehmenden Mortalitätsziffern in den unbemittelten Kreisen, insbesondere bei den Säuglingen. (Gerade die hohe Säuglingssterblichkeit in der Arbeiterbevölkerung zeigt deutlich, wie mangelhaft noch unsere jetzige Sozialversicherung, namentlich in der Richtung der Mutterschafts- und der Familienversicherung, gestaltet ist.) 2. Die aus der Berufsstatistik sich ergebende Abnahme der Arbeitsfähigkeit und die aus der Invaliditätsstatistik zu erkennende Vermehrung der frühzeitigen Invaliditätsfälle. 3. Die Zunahme der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle und der entschädigungsrechtlichen Unfälle.

Hierbei ist noch besonders zu betonen, daß, wenn auch gegenüber der Beweiskraft von dem einen oder anderen dieser Symptome eine gewisse Vorsicht geboten ist, gerade dem Zusammenreffen einer Reihe von Zeichen, die nach derselben Richtung hindeuten, ein hoher diagnostischer Wert innewohnt.

Als Ursachen für den frühzeitigen Verlust der Arbeitsfähigkeit haben wir u. a. die Mangelhaftigkeit des Krankengeldes und die oft unzulängliche Entschädigung bei Unfällen erkannt. So sehen wir auch an diesem Beispiel wieder, wie dringend unsere Sozialversicherung der Umgestaltung bedarf, wenn sie ihren Zweck in vollem Umfange erfüllen soll.

Es zieht nichts mehr! Die Sozialdemokratie hat schlechte Zeiten. Schon der Geschäftsbericht zum Parteitag klagte über einen Mitgliederstillstand resp. Rückgang. Und seither ist's nicht besser geworden. Bei der Landtagswahl in Stuttgart-Umt erhielten die Genossen gegenüber der vorigen Wahl 1100 Stimmen, bei der Landtagswahl in Baden 11438 und viel den Köhner

Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse 1400 Stimmen weniger. Auch in den Parteioorganisationen hält der Rückgang weiter an. Das zeigte sich wieder recht deutlich in den Generalversammlungen der sozialdemokratischen Wahlvereine in Berlin, die dieser Tage stattfanden. Fast in allen wurde ein weiterer Rückgang der Mitgliedsziffern und der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ konstatiert. Als Hauptgrund wurde die ungünstige wirtschaftliche Lage genannt. Das stimmt nur zum Teil. Eine Reihe von Rednern führte auch andere, das innere Parteileben der Sozialdemokratie recht eigenartig beleuchtende Gründe an: Es sei bei den Genossen „ein Gefühl der Uebervollung“ (wohl mit Phrasen. D. Red.), eine „allgemeine Müdigkeit“ vorhanden; es fehle die alte Begeisterung, nirgends sei die Mutlosigkeit so eingegriffen wie in Berlin, so konstatierten diese Genossen. Ein Genosse nahm die Gewerkschaften wieder aufs Korn. Diese seien nicht geeignet, die Lage des Arbeiters zu bessern, das könne nur durch politische Betätigung geschehen. Die Worte führten zu einer Debatte über Gewerkschaften und Partei. Schließlich wurde ein Antrag angenommen; demnachst eine Versammlung einzuberufen, in der ein Politiker über die Bedeutung der Gewerkschaften referieren soll. Offenbar soll denen wieder einmal am Zeuge gesteckt werden.

Kurz, die gegenwärtige Situation ist für die Sozialdemokratie keine besonders angenehme. An Bemühungen, aus ihr herauszukommen, hat sie es nicht fehlen lassen. Doch diese Bemühungen blieben ohne Erfolg. Es mangelt der Partei an zugkräftigem Agitationsstoff. Mit Slandätschen wie die Kruppaffäre u. dergl. lassen sich die mit Phrasen überfüllten Gemüter der Genossen nicht mehr aus der Ruhe bringen. Dazu bedarf es schon weit stärkerer Mittel. An solchen aber fehlt's zur Zeit der Sozialdemokratie. Es scheint allerdings, als ob sich die Scharfmacher ihrer gerade zur rechten Zeit erbarmen wollten. Verschlechterung des Koalitionsrechtes! Das wäre ein Freßfen für die Partei. Welch herrliche Gelegenheit gäbe das, die Massen aufzupeitschen! Die Scharfmacher und all jene, die ihnen in ihrem Geschrei nach besserem Arbeitswilligenschutz Gefolgschaft leisten, besorgen also lediglich die Geschäfte der Sozialdemokratie. Das sollte man in den maßgebenden Kreisen wohl bedenken.

Zeichen der Entartung. Wohin die in der sozialdemokratischen Partei übliche Erziehungsmethode führt ergibt sich wieder einmal aus zwei drastischen Vorkommnissen der letzten Zeit. Durch die Tagespresse ging dieser Tage ein Bericht über eine der Berliner Kirchenaustritts-Versammlungen. Darin heißt es:

„Aber eines hat uns geradezu erschüttert: ein solches Maß von Rohheit, eine solche Ver Lumptheit der

Wie man Stoffe und Gespinnsfasern unterscheidet und richtig beurteilt.

Die möglichst treffende Beurteilung der Qualität eines Gewebes ist wirtschaftlich und technisch von so hoher Bedeutung, daß es als eine der wichtigsten Fachkenntnisse bezeichnet werden muß, wenn die beteiligten Kreise, die täglich Stoffe und Fäden verarbeiten, selbst die mit der Lupe wahrnehmbaren physikalischen Merkmale falsch beurteilen. Das Urteil des Unberatenen ist stets ein unsicheres, sobald es sich um Proben unbekannter Art oder gut präparierter Mischgewebe handelt.

Wie die Erfahrung lehrt, ist es nicht notwendig, sämtliche in der Kette befindlichen Fäden mikroskopisch zu untersuchen, es genügt vielmehr, die als verdächtig erkannten Fäden mittels des Mikroskops weiter zu prüfen. Zum Auseinanderhalten der Hauptgruppen, der animalischen und vegetabilischen Fasern genügt auch meist schon die Vergrößerung mittels Lupe. Doch hat die Benutzung derselben ebenso wie die des Mikroskops nur dann einen Wert, wenn man über die Struktur der verschiedenen Fasern die notwendigsten Vorkenntnisse besitzt. Fertiger werden um so seltener unterlaufen, je genauer man die mikroskopischen Eigenschaften einer Faser kennt. Um nun diesen Vergleich praktischen Wert zu verleihen, sollen im folgenden die Eigenschaften der verschiedenen Fasern kurz und übersichtlich durch Erläuterungen dem Prüfenden näher gebracht werden.

Mit der Entdeckung des aus Harnsäure hergestellten Murexids beginnt Mitte des 19. Jahrhunderts das Zeitalter der künstlichen Farbstoffe. Nie zuvor waren Farbstoffe von so außerordentlicher Schönheit und Einfachheit der Anwendung gesehen worden, wie sie von jetzt ab dem Färber von dem Chemiker zur Verfügung gestellt wurden. Ein Ringen und Streben nach neuen Effekten beunruhigte sich der ganzen Textilindustrie. Bald reichte selbst der neuverworbene Reichtum nicht aus, und man mußte, wollte man das gesuchte Neue finden, auf den Urgrund der ganzen Textilindustrie zurückgehen — auf die Faser selbst — und so sehen wir denn in der allerneuesten Zeit, genau so wie in den Anfängen der Kultur, den Menschen nach Fasern suchen. Heute ist es aber nicht die Art, die ihn dazu treibt, sondern der Luxus. Die alten Kulturfasern, Seide, Wolle, Baumwolle und Leinen reichen nicht aus, sie müssen ergänzt, ersetzt, vermischt werden mit den verschiedenartigsten neuen Faserstoffen, welche sich in der Lat für manche Zwecke besser eignen als die alten. Ein rasches Vorwärtstreben, ein ewiger Wettbewerb zwischen Nationen und Individuen, ist, wie in allen menschlichen Tätigkeiten, so auch auf dem Gebiete der Gewerbeabfertigung, die Signatur unserer Zeit. Die stetig sich verbessernde Spinnentechnik ermöglicht heute die Vereinigung sehr mannigfacher Fasern zu einem Faden, der in dem kunstvollen Gefüge des Gewebes mit Appreturen und Färbepreparaten derartig durchdränkt und umhüllt wird, daß es der Stoffe verarbeitenden Person immer schwieriger wird, die verschiedenen Gewebe in bezug auf ihre Qualität zu beurteilen. Die charakteristischen Eigenschaften der minderen Faserstoffe sind bei dieser hochentwickelten Fabrikationstechnik nur schwer erkennbar, und wir wollen daher die Beschaffenheit der gebräuchlichsten Fasern etwas näher betrachten.

Baumwolle: Die ganze Baumwollfaser ist eine langgestreckte Zelle, die bei genügender Vergrößerung als ein

spiralförmig gedrehtes Band mit wulstigen Rändern und gitterartiger Streifung erscheint. Der Querschnitt zeigt das Band als ein plattgedrücktes Röhrchen, dessen Wandungen im Verhältnis zur zentralen Dehnung ziemlich stark sind. Bei den in der Entwicklung zurückgebliebenen oder vor der vollständigen Reife geernteten Baumwollfasern fehlt die zentrale Dehnung im Querschnitt fast immer und das Haar ist vollständig zu einem durchsichtigen Bande plattgedrückt. Die unreife oder tote Baumwolle verhält sich auch beim Färben verschieden von der reifen; der Farbstoff wird nicht so gut fixiert oder die Nuance fällt doch viel heller aus, als bei der reifen Baumwolle. Am höchsten geschätzt wird die aus den feinsten und längsten Haaren von reiner Farbe und größter Elastizität bestehende Sea-Island-Wolle.

Betupft man eine Baumwollfaser mit Kupferoxydammonial (ein Lösungsmittel für Zellulose), so zeigt sich unter dem Mikroskop, daß die Faser sich bedeutend aufbläht und ein dünnes Häutchen, Cuticula, das dieser Volumenvergrößerung hinderlich ist, in Fäden absprengt oder zu ringförmigen Anhängungen zwischen den Fasern zusammenschiebt. Es entstehen hierdurch Einschnürungen in der aufgeblähten Faser. Schließlich wird die Zellulose gänzlich gelöst und nur das Oberhäutchen bleibt, da es in Kupferoxydammonial unlöslich ist, zurück. Durch Zusatz von Schwefelsäure wird die Zellulose wieder ausgeschieden und färbt sich mit einem Tropfen Jodlösung blau, die Cuticula aber gelb.

Die mit dem Namen Baumwolle belegten Fasern sind Samenhaare, welche auf den einzelnen Samenkeimen der Baumwollpflanze, deren stets mehrere in einer Kapselform vorhanden, entstehen. Die Pflanzen gedeihen sämtlich in den heißen Zonen und zwar am besten in der Nähe des Meeres auf feuchtem, den Seewinden zugänglichem Terrain.

Die Spender dieses interessanten, weitverbreiteten Faserstoffes wachsen, obwohl sie alle zu einer Familie gehören, in äußerst verschiedenen Formen. Während einige als niedriges Strauchgewächs dahinschwärmen, schließen andere Spezies als Stauden hoch auf und wieder andere entwickeln sich sogar baumartig. Im allgemeinen scheinen die baumartigen Pflanzen bessere Fasern zu liefern als die strauchartigen. Der hauptsächlichste Einfluß auf die Güte der Baumwollfasern üben jedoch Klima, Boden und Kulturverhältnisse aus.

Nach der Blüte bildet sich eine grüne, mehrfächerige Kapselform, die Samenkörner einschließt, welche im reifen Zustande braun gefärbt und mit einer großen Menge weißer Haare bedeckt sind. Diese Haare bilden sich zunächst auf dem noch grünen Kerne innerhalb der geschlossenen Kapselform. Jedes Haar bildet im ausgewachsenen Zustande einen mit Flüssigkeit gefüllten Schlauch. In der letzten Periode des Wachstums wird die Kapselform klein, um die darin zusammengepreßten Haare, welche eine große Elastizität besitzen, zu fassen, sie springt daher auf, so daß die Haare frei herausquellen und nun durch die Sonne rasch austrocknen. Die einzelnen Kapselflächer lösen sich dabei vollständig voneinander.

Die Haupteigenschaften, welche von einer guten Baumwolle gefordert werden, sind: möglichst große Feinheit, große Länge, eine bestimmte Farbe, Glanz, Weichheit, Elastizität und große Festigkeit. Um die Baumwolle in dieser Hinsicht zu untersuchen, preßt man eine Handvoll des vorliegenden Materials mit beiden Händen zusammen und läßt es wieder aufquellen; durch das Maß, der nach dem Zusammendrücken eintretenden Aus-

dehnung läßt sich bei einiger Übung die Qualität der Baumwolle erkennen. Die Prüfung liefert zwar keine Zahlenresultate, leistet aber in der Praxis erhebliche Dienste.

Bombaywolle. Verschiedene Pflanzen aus der Familie der Bombaceen (Wollbäume) tragen Fruchtstapeln, die ebenso wie die Baumwollkapselform Samen und Wolle enthalten. Diese aus den Tropen stammende Wolle kommt unter dem Namen Pflanzendunen, Calabawolle, Kapot, Painsalima usw. in den Handel. Sie ist seidenweich und sehr glänzend, von weißer bis braungelber Farbe, und hinreichend bekannt; mitunter wird sie auch der Baumwolle beigeigefärbt.

Alschepiaswolle oder vegetabilische Seide ist das Samenhaar einiger tropischer Alschepiaden. Die Wolle ist weiß, stark glänzend, von seidenartigem Aussehen. Die Gespinnsfasern bezw. Gewebe, denen diese Art Wolle beigeigefärbt wurde, zeigen einen guten, wolligen Griff, der Mangel genügender Haltbarkeit schließt eine größere Verwendung des Materials als Gespinnsfaser aus.

Flachs. Der Flachs ist die Bastfaser der Leinpflanze. Man wartet ihre vollständige Reife nicht ab, sondern schneidet, wenn der untere Teil des Stengels anfängt gelb zu werden, zur Ernte. Eine vollständig ausgereifte Pflanze liefert eine feilere und rauhere Faser. Die Pflanze erreicht eine Höhe von 0,6 bis 1,2 m. Die arten, wechselweise stehenden Blätter haben eine lanzettförmige Gestalt. Ist der Samen möglichst dicht zur Fasergewinnung gefäht, so schneidet der Stengel fast gerade ohne Zweige aufwärts und trägt nur oben mehrere kurze Zweige mit Blüten. Ist dagegen zur Samengewinnung weitläufig gefäht, so hat die Pflanze Platz, sich auszubreiten und erfährt dann schon in den unteren Teilen verzweigende Äste. Alle Ästchen tragen hübsche, blaue, selten weiße, Blüten, deren Kelch und Blumentrone füsselförmig sind. Die in Bündeln ausgehogenen Leinpflanzen werden auf der Erde ausgebreitet, getrocknet und mittels Durchziehen durch die Zähne eisener Rämme von Seitenästen und Kapselform befreit.

Um die Bastfasern von dem holzigen Stengel abzuschälen zu können, vernichtet man durch die Rote oder Röhre die die einzelnen Bastzellen zusammenhaltenden Klebemittel. Je nach der Art der Ausführung unterscheidet man natürliche und künstliche Röhren. Wasserrohre, Lauerrohre, Dampf- und Heißwasserrohre. Nachdem die Lösung der Faser von dem Holze ermöglicht worden ist, wird die Trennung dieser beiden Teile durch folgende mechanische Operationen herbeigeführt. Das Brechen: Mit Botthämmern, klumpfen Sadmessern, im Großbetriebe durch Passieren kannelierter Walzen, wird der holzige Stengel zerquetscht und in kleine Stücke zerbrochen, die zum größten Teile aus dem Bast herausfallen. Die vollständige Entfernung der holzigen Teile wird durch das Schwingen bewerkstelligt. Man schabt hierbei mit einem Holzschwert die noch zwischen den Flachsfasern liegenden Holzreste ab. Der hierbei entstehende Abfall ist das bekannte Werk oder Gede.

Der geheckte Flachs besteht aus langem, weichen und seidig glänzenden Fasern von schmutzig gelber bis grauer Farbe; seine geschäteste Farbe ist lichtblond, ebenso über- und stahlgrau. Die Färbungen wechseln bei ein und derselben Flachsart, wenn diese nach verschiedenen Methoden getöpt wurde.

Die Bastzellen zeigen unter dem Mikroskop eine regelmäßige, glatte oder längsförmige, häufig mit Vertiefungen versehene Gestalt; ihre Wandungen sind verhältnismäßig dick, der Innenraum der Zellen (Lumen), die zentrale Dehnung, erscheint als eine feine Linie.

Gefinnung hätten wir nicht für möglich gehalten. Nicht nur, daß jeder, aber auch jeder, der auch nur andeutungsweise für seine Kirche einzutreten wagte, niedergebückt, vom Podium gezischt und mit unflätigen Schimpfworten bedacht wurde. Nein, nicht einmal sich zu Idealen zu bekennen ward einem Diskussionsredner verstattet. Als er an die echten, inneren Gefühle im Menschen appellierte, als er meinte, jeder Mensch müsse sich doch den Glauben an etwas Höheres bewahren, da ertönte ein tausendstimmiges „Fu“, schrille Pfeife durchgellten den Raum, höhnisches Lachen aus vollem Halse quitierte über ein solches Bekenntnis. Man glaubte in einer Versammlung von Verbrechen zu sein, nicht unter Menschen von Gefühl und Gesinnung. Will man Proben? Hier sind sie. Als ein Pfarrer die Rednertribüne bestieg, ertönte Zwischenrufe: „So siehste aus!“, „Oder Pfaffenkopp!“ und an einer anderen Stelle des Abends hörten wir die auf die Pastoren gemünzten Worte: „Verfluchte Lumpen!“, „Schweinepriester!“ Einem Herrn, der einen Zwischenruf machte, schrie man zu: „Raus mit dem Pfaffengesicht!“ Und einmal drang ein hundsgemeiner Zwischenruf an unser Ohr, ein Ausbruch aus Zuhälterkreisen, der sich jeder Wiedergabe entzieht.

Ein Pastor Le Seur (Groß-Bichterfelde), der ebenfalls den Versuch unternahm, der Masse den Ernst des Problems klarzumachen, mußte unter einer Flut von Hohn, Gelächter und Beschimpfungen abtreten. Nach ihm trat eine Arbeiterfrau aus Pöbium und schrie den anwesenden evangelischen Geistlichen ins Gesicht: „An zehntausend Teufel kann ich glauben in dieser Welt, aber nicht an Ihren Gott, Herr Pastor.“ Und die Menge brüllte Beifall.

Diese Massen können einem ob ihres infernaln Religionshasses leid tun. Ihre Führer und Lehrer aber trifft eine ungeheure Verantwortung. Was sie dem Volke geraubt, werden sie nie zu ersetzen vermögen.

Ein zweites Vorkommnis hat sich nach den Berichten der Tagespresse „Tremonia“ Nr. 325/1913 auf dem evangelischen Friedhof in Dortmund abgespielt. Dort wurde am Sonntag, den 23. Nov., der sozialdemokratische Knappschafftskate Böhnke beerdigt.

Als der amtierende Pastor die Grabrede einleitete mit den Worten: „Er wird dich aufwecken am jüngsten Tage“, schrien ihm die Genossen entgegen: „Pfu, pfu, das ist ja nicht wahr, das ist ja eine Lüge!“ Sich nicht stören lassend, fuhr der Geistliche in seiner Grabrede fort. Nun legte ein Genosse im Namen der sozialdemokratischen Knappschafftskate einen Kranz mit einer kurzen Ansprache nieder. Der amtierende Geistliche verbat sich dieses mit den Worten: Man möge ihn nicht stören. Die Genossen polterten weiter, und ein Genosse legte einen zweiten Kranz mit einer Widmung im Namen der Arbeiterpartei nieder. Der Geistliche verbat sich abermals diese Störung und deutete an, man solle derartige Ausfälle unterlassen, sonst müsse er seine Handlung schließen. Aber auch diese Mahnung des Geistlichen wurde von den Genossen nicht beachtet. Im Namen des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes legte man nun den dritten Kranz am Grabe nieder. Dieses Benehmen der Sozialdemokraten veranlaßte den Geistlichen, das Grab zu verlassen. Sie schrien ihm nach: „Wir brauchen hier keine Pfaffen, machen Sie, daß Sie wegkommen!“

Ein derartiges Benehmen vor der offenen Gruft zeugt zunächst von einer Gefühlswelt, die kaum noch zu übertreffen ist. Dann aber ergibt sich aus beiden recht traurigen Vorkommnissen wieder einmal recht drastisch die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion. Mag die sozialdemokratische Presse noch so oft ihr Sprüchlein: „Religion ist Privatsache“, herunterleiern, die Früchte ihrer Erziehung reden eine zu deutliche Sprache.

Das Gewerkschaftswesen bei den englischen Textilarbeiterinnen. Das „Musée Social“ (1913 Nr. 5) veröffentlicht Studien von Fel. A. Dougard de Boisimilou über die Arbeiterinnenorganisation in der Textilindustrie in England. Die „Soziale Praxis“ (Nr. 9/1913) bringt daraus folgende Auszüge: Insgesamt beträgt die Zahl der Textilarbeiter: 407 360 männliche, 679 863 weibliche. Die Verfasserin gibt ein Bild der geschichtlichen Entwicklung der weiblichen Gewerkschaften. In neuerer Zeit übersteigt in einigen Vereinen die Zahl der weiblichen Mitglieder sogar die der männlichen, so bei der Organisation der Weber und Spuler des Bezirks von Blackburn, die 1854 gegründet wurde und im Jahre 1910: 4510 Männer und 10 523 Frauen umfaßte. Im ganzen jedoch ist die Organisation der weiblichen Textilarbeiter schwächer als die der männlichen: 196 163 Männer gegen 183 019 Frauen (im Jahre 1910). Gellagt wird über die Gleichgültigkeit der Frauen im Gewerkschaftsleben, die den Männern auch da die ganze Verwaltungsarbeit überlassen, wo sie selbst in der Mehrheit sind. In bezug auf die Löhne erscheint der Erfolg für die Frauen nicht sehr glänzend, obgleich die Art der Arbeit bei Männern und Frauen sich überwiegend gleicht. Nach Angaben des Board of Trade ist der durchschnittliche Wochenlohn der Männer in allen Zweigen des Textilgewerbes auf 28,92 M. berechnet worden, der der Frauen dagegen auf nur 15,88 M. (1909). Es ist von anderer Seite festgestellt worden, daß ein Mindesteinkommen von 21,63 M. für den Mann und 12,36 M. für die Frau zu einem ordentlichen Auskommen erforderlich sind, vorausgesetzt, daß höchstens zwei Kinder zum Haushalt gehören; nun haben aber in der Textilbranche 99 800 Männer und 177 700 Frauen ein geringeres Einkommen als 21,63 M. oder 12,36 M.

Was die Arbeitszeit anlangt, so haben die männlichen Arbeiter ständig und mit Erfolg auf eine Beschränkung der Frauenarbeit hingearbeitet, was zur Folge hatte, daß auch die ihrige verkürzt worden ist. Seit 1905 ist die Arbeitszeit auf 55 1/2 Stunden wöchentlich festgesetzt, und gegenwärtig gilt der Kampf dem Achtstundentag. Ein anderer Programmpunkt ist die Gleichheit der Tarife bei Stücklohn für Männer und Frauen. Von den Bittertaten im Anfang der Schrift gibt die eine ein Bild der Streikbewegung, danach fanden in der Textilindustrie im Jahre 1910: 90 Streiks mit 132 276

Betroffenen statt. Eine andere Tafel gibt Auskunft über die Wochenlöhne der Frauen in der Textilindustrie von 1826—1906; es erhielten danach beispielsweise Spulerrinnen: 1826: 9,78 M., 1906: 15,71 M. Weitere Tafeln beziehen sich auf die Wochenlöhne in den hauptsächlichsten Gewerben usw.

Nachklänge zum Riemendreherstreik in Barmen.

Der alte Erfahrungssatz, daß alle Schuld sich auf Erden rächt, ist endlich auch führenden Leuten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, die in der hiesigen Riemendrehereibewegung eine führende Rolle spielten, klar gemacht worden. Hier hat sich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband nämlich „ein Denkmal der Unfähigkeit, Verlogenheit und Schande gesetzt“, um mit den Worten des „Textilarbeiters“ zu reden. Ein großer Teil der im Stich gelassenen Arbeiter hat dem sozialdemokratischen Verbande den Rücken gefehrt. Der Organisationsgedanke hat bei den Riemendrehern einen gewaltigen Stoß erlitten. Als der zweite Verbandsvorsitzende, Rüssel-Berlin, in seinem Schreiben an die streikenden Arbeiter von Molineus Söhne diese beschwor, die Arbeit doch wieder aufzunehmen, widrigenfalls ihnen die Streikunterstützung entzogen würde, suchte er die Arbeiter auch dadurch zu beruhigen, daß er ihnen versprach, der „Deutsche“ Verband werde nicht Kosten noch Mühe scheuen, in diesem Herbst in den Riemendrehereien eine allgemeine Lohnbewegung einzuleiten und durchzuführen, um die Lohnverhältnisse zu bessern. Da aber nun trotzdem nichts geschieht, sehen sich die im sozialdemokratischen Verbandsorganisierten Riemendrehervollständigen hintergangen und kehren dem Verbandsführer den Rücken. Um den so festgefahrener Organisationswagen wieder flott zu machen, werden in Nr. 45 des „Textilarbeiter“ gleich zwei Artikel losgelassen. Es sind zwei Prachtgale, die sich dort vor dem im Sumpf stehenden Wagen spannen: Herr Hermann Krähig und Herr Gustav Nieland. Wirklich zwei Kapital-Hoffe, gegen die der kluge Hans und die Pferde des Herrn Krall in Ebersfeld trotz all ihrer gepriesenen Gelehrsamkeit doch dumm wie Esel sind. Letztere mögen richtig lesen und zählen und die schwierigsten Rechenexempel lösen können, aber selbst die gutgläubigsten Menschen und größten Optimisten werden niemals hoffen, daß diese Pferde aus schwarz weiß machen und schimpfen, lügen, verleumden und verheßen lernen. Und selbst, wenn sie es noch lernen sollten, gegen die beiden ersten Prachtexemplare werden sie darin immer um einige Pferdelängen zurückbleiben.

Als die Riemendrehere von Molineus nach dem zweiten Streik gegen ihren Willen wieder in den Betrieb geschickt wurden, sagten ihnen die sozialdemokratischen Verbandsführer, und auch Herr Krähig schrieb es in Nr. 24 des „Textilarbeiter“, es sei ein Kompromiß mit der Firma zustande gekommen, laut welchem die Firma nicht das Akkordsystem, sondern nur ein Prämienystem einführen wollte, nach welchem die Arbeiter den bisherigen Wochenlohn weiter erhalten sollten und die Firma nur beabsichtige, den Lohn nach ihrer Akkordliste zu berechnen und das über den Wochenlohn hinaus Verdiente den Arbeitern auszufandigen.

Ferner wurde den Arbeitern erklärt, die Firma wolle den Riemendrehern auch nicht mehr Arbeit auflegen, sie brauchten nicht mehr Spulen zu bedienen als bisher.

Als so die Arbeiter durch Drohungen und Versprechungen seitens der sozialdemokratischen Verbandsfunktionäre genügend präpariert waren, gelang es endlich nach vielen Abstimmungen, als schon eine Anzahl aufrechter Arbeiter, des widerwärtigen Spieles müde, das Lokal verlassen hatten, mit 46 gegen 44 Stimmen den Abbruch des Streikes zu beschließen.

Jetzt zeigte sich, mit welcher Berechtigung die Riemendrehere Zweifel in die Beteuerungen und Versprechungen gesetzt, laut welchen nur ein Mißverständnis des Direktors der Abteilung Klausem Schuld sein sollte an der Erregung der Arbeiter und dem Streikbeschlusse und daß an die Einführung des Akkordlohnens und der damit verbundenen Mehrarbeit für den einzelnen Arbeiter, Entlassungen usw. garnicht zu denken sei.

Jetzt muß Herr Nieland in seinem Artikel selbst berichten, wie die Arbeiter immer mehr Arbeit aufgebüdet erhielten. Vor dem Streik hatten die einzelnen Arbeiter ca. 900 Spulen zu bedienen, jetzt schon 1100—1250. Auch die Arbeiter auf den zwei-, drei- und vierfädigen Spinnen müssen 1/2 bis 1 Tisch mehr beaufsichtigen. Die einzelnen Arbeiter müssen jetzt nach Angabe Nielands sozusagen für zwei schuften. Die Akkordlöhne aber stehen in keinem gesunden Verhältnis zur Arbeitsleistung.

Durch diese enorme Mehrleistung des einzelnen Arbeiters sind selbstverständlich auch mehrere Arbeitskräfte überflüssig geworden, die das Angebot vermehren und dadurch die Möglichkeit einer Besserstellung der Lohnverhältnisse erschweren.

Das sind also die glänzenden Erfolge sozialdemokratischer Streikstrategie: Einführung der Akkordarbeit, vermehrte Arbeitsleistung, Brotlosmachung einer Anzahl Arbeiter. Wahrhaftig, eine Langzeitleistung, die der Verband „Deutscher“ Textilarbeiter später als mit „vollem Erfolg“ geführte Lohnbewegung in seinem Geschäftsbericht buchen kann. Zu bedauern sind nur die Arbeiter, die an diesem „Erfolge“ jetzt ihr Anteil haben, ist der Erfolg doch ganz auf Seiten der Firma.

Das läßt andere Firmen selbstverständlich die Gelegenheit günstig erscheinen, es der Firma Molineus Söhne gleich zu tun. So sieht sich denn der „Textilarbeiter“ in der gleichen Nr. 45 genötigt, eine zweite Zuschrift aus Barmen zum Abdruck zu bringen, in welcher über die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei der Firma Kaiser u. Dickle lebhafteste Klage geführt wird.

Bei dieser Firma wird schon 1/2 Jahr lang 3/4 Tage gearbeitet. Dabei werden aber immer neue Riemengänge aufgesetzt, sodaß die Riemendrehere immer mehr und immer mehr Gänge zu bedienen haben, obgleich sie ohnehin schon

überlastet sind. Sehr gut könnten weitere Arbeitskräfte eingestellt werden, doch da an Lohn gespart werden soll, muß die Arbeit mit wenigen Arbeitskräften gemacht werden. Dadurch sollen laut Angabe der Zuschrift jetzt 2000 M. Lohn pro Woche weniger ausgezahlt werden wie früher.

Während die Mehrzahl der Arbeiter 3/4 Tage machen mußte, haben einzelne Riemendrehere auf ständigen Artikeln Tag und Nacht arbeiten müssen und zwar mit kurzen Pausen 29 1/2 Stunden hintereinander. Während früher für Ueberstunden 50 Pfg. gezahlt wurden, erhalten die Arbeiter jetzt keine Zuschläge mehr für Ueberstunden und Nacharbeit. Ein Teil der Riemendrehere muß mit 17,36 M. pro Woche nach Hause gehen, der andere Teil Tag und Nacht arbeiten.

Dieses und noch vieles mehr weiß der „Textilarbeiter“ zu berichten. Und wer trägt die Schuld an diesen tieftraurigen Zuständen? Herr Nieland sagt: „Die Gelben“. Herr Nieland verwechselt hier Ursache und Wirkung. Das unglückliche Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes hat erst die Gründung der gelben Werkvereine möglich gemacht. Daher finden wir auch die ehemaligen Streikleiter und entschiedenen Draufgänger vom sozialdemokratischen Verbands heute als Vorstandsmitglieder und eifrige Förderer der „Gelben“. Diese Leute sahen sich durch das Verhalten der sozialdemokratischen Verbandsleitung schmählich hintergangen und fielen daher aus dem Extrem des Radikalismus in das der größten Unterwürfigkeit. Nur der sozialdemokratischen Streikstrategie verdankt die Firma Molineus die Möglichkeit der Gründung ihrer gelben Werkvereine, die Einführung des Akkordlohnsystems und die Ueberbürdung der einzelnen Riemendrehere.

Das wissen auch die Riemendrehere und haben es den sozialdemokratischen Geschäftsführern in Barmen, sowie auch der Zentralleitung des „Deutschen“ Verbandes deutlich zu verstehen gegeben. Herr Krähig muß das selbst zugeben. Er schreibt in der erwähnten Nr. 45 des „Textilarbeiter“:

„Nun hat uns ein Kollege aus der Riemendreherei geschrieben, daß seit der letzten Bewegung eine große Verstimmung unter den Riemendrehern gegen die Organisation, bezw. gegen einige Kollegen vorhanden sei, die damals in die Bewegung eingetreten mußten. Deshalb sollen viele Riemendrehere organisationsmüde sein.“

Krähig, der sonst so schreiblustige, der jeden geringsten Quark in seinem Blatt so breit tritt, daß den eigenen Mitgliedern vor Langeweile und Uebelfein jegliche Lust zum Lesen abhanden gekommen ist, hütet sich wohl, die oben erwähnte Zuschrift zum Abdruck zu bringen. Er befürchtet sicher, sie würde gelesen und — geglaubt. Denn was Krähig schreibt, glaubt längst kein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes mehr.

Anstatt offen und ehrlich die gemachten Fehler eingestehen und damit den ersten Schritt zur Besserung zu tun, — allerdings für einen eingeseiften „Genossen“ und besonders für einen „Krähigen Genossen“ ein unerhörtes Verlangen, — greift Krähig zu seinem bekannten Heilmittel und schiebt die Schuld auf den christlichen Verband. Krähig scheint das dem in früheren Jahren als „berühmt“ bekannten Wunderdoktor Solbeding abgedruckt zu haben. Dieser verschrieb auch als Heilmittel gegen alle Krankheiten und Gebrechen Lakritzwasser. Schnupfen: Lakritzwasser, Blattpflanze: Lakritzwasser, Lungenentzündung: Lakritzwasser, Weindruck: Lakritzwasser, Krätze: Lakritzwasser, usw. So auch Herr Krähig. Sind in den roten Domänen die Löhne miserabel: Lakritzwasser, erhöhte man im Ausland die Zollmauern: Lakritzwasser, unterstützt der Hansabund die Forderungen der Scharfmacher: Lakritzwasser, hat die „Deutsche“ Verbandsleitung eine Dummheit begangen: Lakritzwasser, treibt diese Verbandsleitung die streikenden Riemendrehere gegen deren Willen bedingungslos in die Betriebe und bringt sie dadurch vollständig in die Abhängigkeit vom Arbeitgeber: Lakritzwasser. So geht das ganze Jahr von Nr. 1 bis 52 des „Textilarbeiter“: Lakritzwasser, nichts als Lakritzwasser. Kein Wunder, wenn diese Medizin den Mitgliedern des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes bis oben in der Kehle fleht.

Wenn Krähig wenigstens nicht so bodenlos dumm Unwahrheiten schreiben wollte. Wo doch jeder Riemendrehere im Wuppertale weiß, daß der Riemendrehere Streik bei der Firma Molineus, dessen Injuzierung und Abbruch einzig und allein vom sozialdemokratischen Verbandsverbande verschuldet ist, schreibt Krähig dumm und dreift von „christlicher Brandstiftung“.

Mag Krähig sich doch nur einmal von seinem Nebenrob Nieland unterrichten lassen, wo die radikalen Elemente geiffen, die unter Aufbietung der kräftigsten Töne unbedingt den Streik verlangten und nachher beim Abbruch die schärfste Opposition machten. Einer der allerradikalsten war Herr Nieland. Als in der Versammlung mit Entziehung der Streikunterstützung gedroht wurde, da schour Herr Nieland sein Mitgliedsbuch in Fesseln zu reißen und es den Geschäftsführern des roten Verbandes in die Fr. . . zu werfen. Und seine „Genossen“ brüllten dazu Beifall und warfen den Geschäftsführern Liebeswürdigkeiten an den Kopf, deren Wiedergabe sich aus Reinlichkeitsgründen verbietet. Die „Brandstifter“ waren „Genossen“ und Genossenführer. Und die oberste Verbandsleitung gab den Segen zu dieser Brandstiftung, indem sie die Streikgenehmigung erteilte und Streikunterstützung auszahlte. Als dann der Brand zu weit um sich griff und die rote Verbandskasse zu sehr bedrohte, da schickten die „Brandstifter“ den Streikführer zum christlichen Verbandsbüro, um den christlichen Verband als Feuerwehr zu benutzen und nachher um soviel leichter über uns herfallen zu können. Als unsere Kollegen sich für die zugegebene Rolle bestens bedanken und es den roten Führern selbst überließen, das Feuerchen zu löschen, da paßte das den „Brandstiftern“ selbstverständlich nicht. Und so mußten sie selbst die Pumpen anlegen und löschen mit Sauche und Lakritzwasser. Daß sie dabei in üblen Geruch kamen, — wer kann dafür?

Und so steht nun in Barmen das „Denkmal sozialdemokratischer Unfähigkeit, Verlogenheit und Schande“ hoch aufgerichtet, flankiert von den beiden Prachtroffen Krähig und Nieland, die beide, gefüttert mit dem aulen trotz sozialdemokratischer Zeitungsweltlichkeit und

Küpferspennigliteratur nichts anderes von sich geben als — Pakriwasser. Ein Stein des Anstoßes, aber auch ein warnend Beispiel für die Wuppertaler Arbeitererschaft.

Als besonders im dritten Quartal dieses Jahres immer noch massenhaft Austritte in der Filiale Oberfeld-Darmen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes erfolgten und die Zentralleitung in Berlin immer dringender ersucht wurde, das gegebene Versprechen einzuhalten und für die Riemenmacher etwas zu tun, kam der zweite Verbandsvorsitzende, Herr Rüssel, um die Trümmer der Riemenmacherorganisation seines Verbandes zu sammeln. Als er bei Abwägung des Riemenmacherstreiks stolz erklärte, wenn auch tausend Mann austreten sollten, das macht uns nichts aus, hat er sicher nicht daran gedacht, welche Folgen sein Verhalten herbeiführen mußte, denn bei tausend Austritten ist es nicht geblieben.

Herr Rüssel hat eine Woche lang Tag für Tag Vertrauensmännerversammlungen und Fabrikversammlungen abgehalten, aber wenigstens abhalten wollen. Denn von Versammlungen kann man nicht reden. Der Besuch war miserabel. Obgleich immer die Arbeiter einer ganzen Anzahl Firmen eingeladen wurden, erschienen nicht einmal die Vertrauensleute. Am Sonntag, den 23. November, waren alle in den Riemenmacherbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen, von den mehr als 4000 Beschäftigten waren zwei Duzend erschienen. Am Dienstag von einem halben Duzend Firmen 16 Mann, am Mittwoch im Gewerkschaftshaus drei Mann, am Donnerstag wieder nur einige Mann usw.

Herr Rüssel wird hier zur Einsicht gekommen sein, daß die Schuld an der unglücklich verlaufenen Bewegung einzig allein bei seinen eigenen Leuten zu suchen ist. Könnte man den Kampf nicht durchführen, wäre es notwendig gewesen, die den Arbeitern der Firma Molineus von vornherein zu sagen; doch dazu fehlte der Mut. Wo aber der Kampf aufgenommen wurde, wo man den Mitgliedern in den ersten Wochen Streikunterstützung zahlte und so den Glauben erweckte, daß die Zentralleitung gewillt war, den Kampf zur Abwehr von Verschlechterungen durchzuführen, da mußten die Leute an ihrer Organisation irre werden, als plötzlich durch Entziehung der Streikunterstützung diesem, mit großen Hoffnungen aufgenommenen Kampf ein unfeltes Ende bereitet wurde. Herr Rüssel wird sicher heute der Überzeugung sein, daß das in Krefeld nutzlos verpulverte Geld weit segensreicher für die Wuppertaler Riemenmacher hätte Verwendung finden können. Die Riemenmacher haben eine Aufbesserung ihrer Löhne dringend nötig und ihre Arbeitsverhältnisse sind ebenfalls ungenügend. Gründe genug, ihnen zu helfen. Doch da versagte der „Deutsche“ Verband und schickte das in jahrelanger Mitgliedschaft aufgebrachte Geld der Wuppertaler Riemenmacher nach der Schweizer Grenze, zur Unterstützung ausländischer Unorganisierten, unterstützte die gelb organisierten Färber von Oberfeld. Und die Darmen Filialeleitung schickte 500 M. zur Unterstützung der Streikenden nach Rußland, anstatt den entlassenen Arbeitern von Molineus die beanspruchte Gemäßregelunterstützung zu verschaffen, aber gibt das Geld für die Stadtratswahlen her. Wen wundert's, daß bei solcher Handlungsweise das Vertrauen der Wuppertaler Arbeiter zum sozialdemokratischen Verbands geschwunden.

Wollen die Arbeiter ihre Lage wirklich besser gestalten sehen, so ist das nur durchzuführen, wenn sie eifrig für die Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes tätig sind.

Aus unserer Industrie.

Deutsch-koloniale Baumwolle.

Gegenüber dem drohenden Monopol Amerikas auf dem Baumwollmarkt und der hieraus entspringenden Abhängigkeit unserer deutschen Baumwollindustrie hat das Kolonial-Wirtschaftliche Komitee um die Jahrhundertwende die deutsch-koloniale Baumwollbaubewegung ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, Deutschland so weit wie möglich aus seinen eigenen Kolonien mit Baumwolle zu versorgen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß der Baumwollbau in vielen Ländern Afrikas nicht nur möglich, sondern eine der aussichtsreichsten Kulturen darstellt. Dies trifft in besonderem Maße für weite Gebiete Deutsch-Ostafrikas zu. Trotz gelegentlicher Rückschläge und mannigfacher Hemmnisse hat sich der Baumwollbau denn auch von Jahr zu Jahr kräftig entwickelt. Bei einer fortgesetzten Steigerung wurde in Deutsch-Ostafrika und Togo im Jahre 1912 eine Produktion von zusammen 9730 Ballen à 250 Kilo, deren Erlös bei den in Deutschland erzielten Durchschnittspreisen von 70 Pfg. pro 1/2 Kilo für ostafrikanische Baumwolle, von 59 Pfg. pro 1/2 Kilo für Togobaumwolle sich auf 3,3 Millionen M. beziffert. Die Schätzung für das Baumwolljahr 1913/14 beträgt nach den neuesten Ermittlungen für Deutsch-Ostafrika bis zu 12 000 Ballen à 250 Kilo, für Togo rund 2000 Ballen à 250 Kilo, zusammen rund 14 000 Ballen à 250 Kilo gegenüber 9730 Ballen 1912, was ein Mehr von rund 4250 Ballen oder 43% bedeuten würde. Bei gleichen Durchschnittspreisen wie in 1912 würde demnach die Ernte 1913/14 einen Wert von 4 1/2 Millionen M. in Deutschland darstellen.

In Deutsch-Ostafrika waren 1912/13 rund 22 000 Hektar Baumwolle angebaut, davon etwa 6400 Hektar in Plantagenkultur, 15 600 Hektar in Eingeborenenkultur. Besonders die Bezirke Lindi im Süden und Mwanja am Viktoriasee haben sich um den Baumwollbau in der Kolonie verdient gemacht. Dagegen schaltet z. B. das ganze Usambaragebiet wegen der bestehenden unregelmäßigen Niederschläge aus. In Togo dürfte die Produktion die gleiche bleiben wie in den Vorjahren. Für 1913 hat das Komitee die Preisgarantie in gleicher Weise wie für das Jahr 1912 aufrecht erhalten, und zwar von 30 Pfg. pro 1/2 Kilo entkörnte Baumwolle loco Eisenbahnstationen, an welchen Einrichtungen im Betriebe sind. Es bestehen jetzt in Deutsch-Ostafrika 37 Erntebereitungsanlagen, in Togo 12 mit einem Kraftbetrieb

von insgesamt etwa 1000 PS. In Kamerun wird nach dem neuesten Bericht des Kaiserlichen Gouvernements vom 28. August d. J. die Versuchstation Bitoua bei Garua in absehbarer Zeit die Versuchsarbeiten so weit erwidert haben, daß der Baumwollbau in Adamaua im großen aufgenommen werden kann. Schwierigkeiten bestehen noch in der Frage des Abhanges und des Abtransportes. Um der deutschen Industrie fabrikmäßige Versuche mit der Adamaua-Qualität zu ermöglichen, stellt das Komitee zunächst bis zu 10 000 M. bereit zum Zweck, die in Adamaua gewonnene und entkörnte Baumwolle zu den dort üblichen Preisen aufzukaufen.

Ein beabsichtigter Zusammenschluß im deutschen Leinengewerbe.

Am 2. Dezember fand in Berlin eine Versammlung des Verbandes deutscher Leinen-Industrieller statt; an diese Versammlung schloß sich eine Sitzung der deutschen Leinentweber an, in der über einen Zusammenschluß beraten wurde. Es handelt sich dabei um eine Vereinigung der deutschen Leinenweber zur Verbesserung der Zahlungsbedingungen gegenüber der Kundschaft. Die Zahlungsbedingungen sollen eine möglichst einheitliche Regelung erfahren, um gewisse willkürliche Zielüberschreitungen der Kundschaft in der Zahlungsweise, wie sie zum Schaden des deutschen Leinengewerbes sich zeigen, und in letzter Zeit stark überhand genommen haben, für die Zukunft auszuschalten. Dabei ist, wie uns versichert wird, nicht beabsichtigt, die als notwendig erkannten Zahlungsfristen in unangemessener Weise zu verkürzen, sondern es sollen lediglich die Auswüchse beseitigt werden. Durch geschlossenes Auftreten der Kundschaft gegenüber glaubt man, die über das vereinbarte Maß hinausgehenden Zielüberschreitungen auszuschalten. Es wird von sachmännlicher Seite dazu erklärt, daß die Leinentweber eine der wenigen bedeutenden Zweige in der Textilbranche sind, die einen engeren Zusammenschluß bisher noch nicht hatten. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß von einem Teil der Kundschaft den Leinenwebern gegenüber Ansprüche gestellt werden, die für diese auf die Dauer unhaltbar sind. Ferner hofft man, durch den Zusammenschluß die Auswüchse der Valutastellung einzuschränken. Die freie Konkurrenz in der Leinentweberei soll durch diesen Zusammenschluß in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Zur Lage der Leinenindustrie wird bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die außerordentlich hohen Garnpreise auch hohe Verkaufspreise notwendig machen. Die Kundschaft dagegen hält angesichts dieser hohen Verkaufspreise mit Aufträgen sehr zurück. Für die Weber ist auch bei dieser anhaltend steigenden Tendenz der Garnpreise keine Möglichkeit vorhanden, in absehbarer Zeit der Kundschaft Preis Konzessionen zu machen. Als Ursache dieses außerordentlich hohen Standes der Garnpreise wird erklärt, daß sehr umfangreiche Aufträge für Militärzwecke nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern sehr große Abrufe an Garn seitens der an diesen Lieferungen hauptsächlich beteiligten Webereien zur Folge hat. Für die nächste Zukunft hofft man bei den Leinentweberien insofern auf gute Beschäftigung, weil ein großer Teil ihrer Produktion nach Amerika geht, das jetzt nach Erledigung des neuen Zolltarifs wieder stark am deutschen Markt als Käufer auftritt.

Internationale Vereinbarung in der Kunstseidenindustrie.

In Belgien scheint eine Interessengemeinschaft in der Kunstseidenindustrie zustande zu kommen; es scheint sich aber nicht nur eine belgische, sondern eine internationale Interessengemeinschaft vorzubereiten, da die Gruppe der Viscosekunstseidenfabriken gewisse Verträge mit der italienischen Chardonnetgesellschaft mit einem deutschen Unternehmen in Frankfurt und einem französischen in Besancon abschloß. An der von der Viscosegesellschaft beabsichtigten Neugründung werden die belgischen Kunstseidenfabriken Obourg und Lubize beteiligt, die ihr bisheriges Produktionsverfahren allmählich aufgeben.

Zu der gleichen Angelegenheit weiß noch die Frankfurter-Zeitung vom 22. November zu berichten:

Die Herstellung der Kunstseide nach dem Chardonnetverfahren kann bekanntlich als verdrängt durch das Besanconverfahren gelten. In Anpassung an diese Verhältnisse suchen die Fabriken, die bisher noch nach dem Chardonnetverfahren arbeiteten, Anschluß an die Gruppe der Viscosefabrikanten. Diese, dem bekanntlich jetzt auch die Vereinigten Kunstseidenfabriken in Frankfurt-Kellerbach angehören, schlossen Verträge mit der italienischen Fabrik Cines, die neben ihrer Seidenfabrikation in Padua die Herstellung von Kunstseiden in Pavia betreibt und mit der französischen Gesellschaft in Besancon. Auch die belgischen Kunstseidenfabriken Obourg und Lubize geben, wie bereits mitgeteilt wurde, ihr bisheriges Produktionsverfahren auf und schließen sich den Viscoseinteressenten an.

Preisconvention der Schirmstofffabrikanten.

Die deutschen Schirmstofffabrikanten sind eine Preisconvention eingegangen. Zunächst hieß es, daß sie sich nur auf die Seidenstoffe beziehe, nachträglich wird jedoch in der Tagespresse versichert, daß auch die Baumwollschirmstoffe unter die Convention falle. Gegen die Convention wendet sich nun in der „Frl. Stg.“ (Nr. 23 d. J.) die Seidenweberei, Färberei und Appretur Fiedler u. Co. aus Burghardtsdorf im Erzgebirge mit folgenden Darlegungen:

Zunächst sei erwähnt, daß die ganze deutsche Seidenindustrie, darunter speziell die deutschen Schirmstoffwebereien unter Berücksichtigung der hohen Anlagewerte und der überaus feinen und peniblen Arbeit verbunden

mit den höchsten Ansprüchen an die Stoffe selbst, eine höchst ungenügende Rentabilität aufweist. Wir beziehen uns hierauf auf einen Bericht des „Confectionairs“ vom 13. November d. J., wonach die in Aktiengesellschaften investierten Kapitalien folgende Rentabilitäten ergeben, in Prozenten ausgedrückt:

| | 1911 | 1912 |
|--|------|------|
| Baumwollspinnereien | 5,3 | 8,7 |
| Baumwollwebereien | 7,0 | 9,2 |
| Baumwollspinnwebereien | 3,6 | 6,6 |
| Kammgarnspinnereien | 8,0 | 8,0 |
| Wollgewerbe ohne Kammgarnspinnereien | 8,1 | 8,5 |
| Leinen- und Jutespinnereien | 6,7 | 9,0 |
| Sonstige Textilfabriken | 10,0 | 11,5 |
| Färberei, Appretur usw. | 3,4 | 4,5 |
| Seidenwebereien | 5,9 | 4,2 |

Es resultiert daraus, daß von allen den aufgeführten Aktienunternehmen die Seidenindustrie die einzige ist unter allen Zweigen der deutschen Textilindustrie, welche in den letzten beiden Jahren in ihren Betriebsergebnissen zurückgekommen ist und obendrein die allergeringste Verzinsung der investierten Kapitalien ergeben hat.

Wie sich die Ergebnisse in den Privatunternehmen gestaltet haben, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis; es darf aber doch wohl angenommen werden, daß auch hier die Resultate ähnlich waren, wie bei den Aktiengesellschaften, es sei denn, daß einzelne Werke unter ganz außerordentlich günstigen Bedingungen arbeiteten.

Diese ungenügende Rentabilität dürfte der Grund gewesen sein, der Anlaß zu der vorerwähnten Preisconvention gegeben hat.

Die Convention sucht nun ihr Ziel zunächst darin, daß sie die Aufseher bekämpft, indem sie einen Schutzkonto einführt (die Preiserhöhungen kommen später nach, wie dies auch das Zirkular bereits ankündigt), welchen nur der von den Abnehmern in Abzug bringen darf, der seinen ganzen Bedarf der Convention zuwendet.

Diese Maßnahme ist in der deutschen Industrie nichts Neues, denn sie wird schon seit Jahren bei den verschiedenen Conventionen gehandhabt. Die Frage, ob eine derartige Maßregel legal ist oder nicht, ist von verschiedenen Gesichtspunkten zu beurteilen, den Entschcid darüber überlassen wir berufener Seite.

Wir möchten von unserem Standpunkte aus nur die Frage beleuchten, ob eine derartige Maßregel überhaupt nötig war oder nicht. Bei objektiver Prüfung müssen wir das entschieden verneinen.

Wie schon eingangs bargelegt, erheischt das Interesse der ganzen Industrie die Erzielung auskömmlicher Preise. Dieses Ergebnis kann aber nach unserem Dafürhalten nicht dadurch erreicht werden, daß man zunächst darauf ausgeht, vielleicht unbequeme Konkurrenz zu beseitigen, denn darauf läuft mehr oder minder die ganze Bewegung hinaus.

Die Verbesserung der Lebensbedingung muß von innen heraus zu erreichen gesucht werden, dadurch, daß jedes Unternehmen an sich selbst die Krebschäden beseitigt: mit Gewaltmaßnahmen läßt sich das Ziel nicht erreichen.

Hierzu hätte schon jede einzelne der Conventionsfirmen beitragen können, wenn sie auf Preise gehalten hätten, die jede ernste Arbeit verdient, statt dessen haben einzelne Conventionsmitglieder bisher ihr vornehmstes Ziel in der Bekämpfung der mittelgestellten Firmen gesucht. Hand in Hand mit dieser Preispolitik gehen die Kampfpreise, welche von einzelnen der Conventionsfirmen auf außerdeutschen Märkten gestellt werden, um unliebsame Mitbewerber aus dem Felde zu schlagen, und die dem Ansehen des deutschen Handels gleichfalls nicht förderlich sein können.

Wenn es also der Convention so ernstlich darum zu tun gewesen wäre, Krebschäden auszumerzen, so wäre hier schon ein reiches Feld für Betätigung gegeben gewesen.

Ein weiteres Mittel zur Hebung der ganzen Branche sehen wir darin, daß der Engroskundschaft der Platz eingeräumt wird, welcher ihr gebührt, nämlich als Vermittler zwischen Fabrikanten und Detailhändlern zu dienen.

Zu dieser Hebung glaubt die Convention dadurch beitragen zu können, daß sie ihren Abnehmern unterlag, Waren bezw. Stoffe weiter zu verkaufen.

Diese Maßregel bekämpfen wir gleichfalls auf das entschiedenste, denn sie ist nur geeignet, die Gegensätze zwischen Fabrik, Engros und Detail noch mehr zu verschärfen, anstatt eine gesunde Vermittlung des Handels herbeizuführen.

Wir halten uns zu diesen Nichtigstellungen für verpflichtet, weil von vielen Seiten Anfragen über unsere Stellungnahme zur ganzen Angelegenheit eingegangen sind, denen wir nicht allen persönlich oder schriftlich entsprechen konnten.

Wir resümieren und präzisieren unseren Standpunkt dahin, daß auch wir nach wie vor auf eine Hebung und Verbesserung in unserer Branche bedacht sind, soweit dies in unseren beschiedenen Kräften steht, erstreben die Erreichung des Zieles jedoch nicht in einer Gewaltmaßregel gegenüber allen unseren Abnehmern, sondern einzig und allein in einer gesunden Preispolitik, die sich fern weiß von allen Schärpen, und die nur eine angemessene Entschädigung für ihre Arbeit fordert.

Wir wünschen nicht auf irgend welche Erklärungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, einzugehen und überlassen die Beurteilung der getroffenen Maßnahmen der Vereinigung deutscher Schirmstofffabrikanten jedem vorteillos Denkenden.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichtskatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, dass am Samstag, den 29. November Arbeitslosenzählung für Monat November war. Die an diesem Samstag arbeitslos gewesenen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat der Zählung ist an die Zentrale zu berichten. Spätestens vier Tage nach Schluss des Monats müssen die Berichtskarten (graue Monatskarten) an die Zentrale eingekandt sein. Man vergesse nicht die Angabe der genauen Zahl der gesamten, am Schluss des Monats vorhandenen Mitglieder auf der ersten Rubrik der Berichtskarte anzugeben.

Im Monat Oktober haben nachfolgende Ortsgruppen nicht oder zu spät berichtet:

- Bezirk Krefeld: Bockum.
M.-Glabbach: Züchen, Odenkirchen.
Aachen: Bebburg, Brand, Zingenbroich, Montjoie, Rott.
Barmen: Barmen, Langerfeld, Schwelm.
Bockholt: Epe, Haliern, Stadilohn.
Münster i. W.: Ummeln.
Hannover: Bremen, Cassel, Dingelshädt, Hannover-Linden.
Schlesien: Ullersdorf.
Sachsen: Görlitz, Suben, Sorau, Spremberg, Zeulenroda.
Bayern-Hessen: Bamberg, Bayreuth, Lechhausen, München, Zell, Schwabach.
Württemberg: Heidenheim, Ravensburg, Waldsee, Wangen.
Baden: Burbach, Busenbach, Ehenroth, Konstantz, Singen, Schopfheim, St. Blasien, Stodach, Unterlauchringen, Zell.
Elsass: Breitenbach, Erfsenbach, Erstein, Gaishausen, Gorbach, Ingersheim, Malmerspach, Meheral, Otterbach, Rothau, Lürkheim, Worms.

Aus unseren Bezirken.

An unsere badischen Mitglieder!

Dieser Tage ist ein besonderes Flugblatt für die badische Arbeiterschaft herausgegeben worden. Es betitelt sich: 'Gewogen und zu leicht befunden.'

Das Flugblatt ist schon nach allen Orten verschickt, wo die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine Mitglieder haben. Nunmehr liegt es an unseren Mitgliedern, daß sie für eine planmäßige und gründliche Verteilung Sorge tragen.

Mit der Verteilung des Flugblattes soll eine energische Werbearbeit für unsere Bewegung verbunden werden. Auf zu energischer Arbeit!

Betriebsbeschränkungen in der elsässischen Textilindustrie.

Der Verband elsässischer Baumwollweber hat beschlossen, wegen des schlechten Geschäftsganges ab 1. Januar die Betriebe einen Tag pro Woche still zu legen. Die Weberarbeiterschaft wird also mit einem unfreiwilligen Feiertage pro Woche "beglückt" werden. Bei den jenseits schon schlechten Zeiten gewiß keine rofigen Ausflüchten. Auch in Spinnereistellen trägt man sich mit dem Gedanken einer Betriebsbeschränkung; doch konnte bisher noch keine Einigung erzielt werden. Die einzelnen Firmen werden nach Maßgabe ihrer Verhältnisse vorgehen. Einige (in Mülhausen z. B. drei größere Firmen) haben schon seit einigen Wochen jeden Montag Feiertag.

Was bei diesen Betriebsbeschränkungen besonders auffallen muß, ist, daß die Fabrikanten eine besondere Vorliebe für den Montag zeigen. Wie es heißt, sollen nämlich die Weberarbeiten beschlossen haben, den Montag als Feiertag zu nehmen. Diese Stellungnahme der Textilfabrikanten ist unverständlich. Bekannt sind die Bestrebungen der Arbeiterschaft, die dahin zielen, den Samstag für sich frei zu haben; da dieser Tag für sie bedeutend günstiger ist wie der Montag. Unser Verband hat in Mülhausen bei der Firma Engel (Kammgarnspinnerei), die ebenfalls Montags ihren Betrieb schon seit einigen Wochen stillgelegt hat, eine dahingehende Eingabe eingereicht. Leider ohne Erfolg. Und doch sollte man glauben, die Arbeitgeber müßten ihren Arbeitern und besonders den Arbeiterinnen bei ihrem selbstverständlichen und gewiß gerechtfertigten Verlangen entgegenkommen. Doch keine Spur hiervon! Die Arbeitgeber diktiert den Montag, obgleich ihnen bekannt sein muß, wie allgemein unter der Arbeiterschaft der Samstag gewünscht wird. Ja, der neueste Entschluß der Baumwollweber muß geradezu als eine Herausforderung der Arbeiterschaft bezeichnet werden. Man will damit zeigen, daß man sich keinen Deut um die Wünsche der Arbeiterschaft kümmert.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Dieses Vorgehen der Arbeitgeber ist bedauerlich. Doch sie wissen, daß sie sich das leisten können. Sie kennen die Interessenlosigkeit, die unter der Arbeiterschaft noch überall anzutreffen ist. Deshalb auch wollen sie ihre Macht fühlen lassen. Indes, allzu scharf gespannt, zerspringt der Bogen. Die Arbeiterschaft muß hieraus die Lehre ziehen, daß sie sich immer fester ihrer Berufsorganisation anschließt und auch immer mehr Indifferente dieser zuführt. Bei einem gut ausgebauten Organisationswesen hören solche Eigenmächtigkeiten der Arbeitgeber von selbst auf. Deshalb nützt die Zeit des schlechten Geschäftsganges gut aus; beim guten Geschäftsgang müssen wir gerüstet dastehen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Ahenbach (Wiesental). In dem anmutig gelegenen Industriedörfchen Ahenbach haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in den vergangenen Jahren im christlichen Textilarbeiterverband zusammengeschlossen. Schon manche Verbesserung ist durch die christliche Organisation für die Mitglieder erreicht worden. Sie sind sich bewußt, daß eines der wichtigsten Bildungs- und Schulungsmittel zweifellos die Mitgliederversammlungen sind. Das hat auch wiederum die am 16. November im "Schützen" abgehaltene gutbesuchte Generalversammlung gezeigt. Der Vorsitzende, Kollege Siebold, begründete den frühen Termin der Generalversammlung damit, daß vor Beginn der Winteragitation die erforderlichen Wahlen vorgenommen werden sollen, um alle Störungen durch Vorstandswechsel zu vermeiden. Aus dem Jahresbericht vom 1. Januar 1913 bis 1. Oktober 1913, sind an Beiträgen die Summe von 726,80 M. eingegangen. An Unterstühtungen wurden ausbezahlt: Krankenunterstützung 345,00 M., Arbeitslosenunterstützung 10,80 M., Reiseunterstützung 0,90 M. Der Sozialbeamte, Kollege Buchner, hielt hierauf einen aufklärenden Vortrag über den Fall Köhling. Er konnte bei allen anwesenden Mitgliedern die Wahrnehmung machen, daß sie das Verhalten des ehemaligen Bezirksleiters Köhling entschieden mißbilligten. Als Vorbereitung für die Winteragitation wurde das Abhalten einer Weihnachtsfeier beschlossen, wozu auch der Arbeiterverein eingeladen werden soll. Bei den nun vorgenommenen Vorstandswahlen wurde Kollege Siebold als Vorsitzender wiedergewählt, ebenso Kollege Zunkeller als Kassierer. Als Kassierensprecher gingen der Kollege Keller und die Kollegin Bogtmann aus der Wahl hervor. Hierauf gab in kurzen Zügen Kollege Siebold Bericht über den Verlauf der Bezirkskonferenz in Basel. Besonders Interesse rief bei den Mitgliedern die Entscheidung einer Bezirksstaffe hervor. Die Abstimmung ergab das volle Einverständnis mit dem Beschluß der Bezirkskonferenz in Basel. Es soll in Zukunft der für jede Ortsgruppe fällige Betrag regelmäßig am Schlusse jedes Quartales an die Bezirksstaffe abgeliefert werden.

Augsburg. Die Fabrik- und Arbeiterstadt. (Schluß.) Mit zu den alten Werken gehört auch die "Mechanische Weberei am Fichtelbach". Ursprünglich an der Stelle eines vielbesuchten Bades (Freiwogel) von J. L. Paulin als "Halbwollwarenfabrik" mit Handbetrieb eingerichtet. Mit dem Eingange der schon genannten Westfälischen Messingfabrik, deren wertvolles Maschinenmaterial um billigen Preis nach Ulm in die dortige Wielandische Messingfabrik kam, fand eine Vergrößerung des Fichtelbachwerkes statt, so daß es mit einer Arbeiterzahl von durchschnittlich 600 arbeitete und jährlich (in besseren Zeiten) weit über eine Million Kilo Baumwolle verbrauchte. Weber eines der bedeutendsten und auch ältesten Werke ist die große "Augsburger Kammgarnspinnerei", welche 1836 durch Merg in Nürnberg errichtet und bald danach nach Augsburg wegen der besser dazu passenden Wasserkraft verlegt wurde. Das Geschäft, das sich im Laufe der Jahrzehnte ganz bedeutend vergrößerte, befiht geradezu großartig ausgebaute Wohlfahrtseinrichtungen. Sein Absatzgebiet geht weit über Europa hinaus. Das Werk beschäftigte im Jahre 1902 mit ca. 76 000 Spindeln und 180 Webstühlen ca. 1200 Arbeiter. In der allerletzten Zeit erfuhr die Fabrik noch eine bedeutende Vergrößerung durch Anlage eines Scheibhauses und Dampfmaschine.

Ein altes und hochangesehenes Geschäft ist weiter die große "Bleichei, Färberei, Druderei und Appreturanstalt von Martini u. Co.", im Jahre 1832 durch Clemens Martini in Haunstetten an der Stelle einer alten Leinwandbleiche errichtet. Das Ansehen des Werkes machte es bald erforderlich, daß in den 50er Jahren auch in der Stadt ein eigenes Werk errichtet wurde, das bald gewaltigen Umfang annahm, wie auch das alte Haunstetter Werk vergrößert werden mußte. In diesem wurden früher auch Glanzperle zu wertvollen Bucheinbänden hergestellt. Nunmehr werden in beiden Werken ca. 800 Arbeiter beschäftigt und im Jahre ca. 600 000 Stück à 60 Meter gebleicht zc. und angefertigt.

Außer diesen hier angeführten Fabriken wäre noch manches bedeutende Etablissement zu nennen. Da wir uns aber leider kurz fassen müssen, so seien dieselben nur noch ganz kurz gestreift: Wir nennen die "Spinnerei und Weberei am Sparrenlech von Kahn u. Arnold", errichtet 1885, dann die "Mechanische Baumwollweberei von Wilh. Buz u. Söhne", errichtet 1838 von Wilh. Buz als Engros-Geschäft, ferner "M. S. Landauer, Augsburg, mechanische Webereien", die bereits 1835 in Fürben bei Krumbach betrieben wurden. Die "Mechanische Weberei Ragier u. Sohn" wurde 1863 errichtet und befindet sich nunmehr im ehemaligen Fabrikpalaß des Herrn von Schüle. Die "Mehlfabrik vormalig Julius Schürer" an der Haunstetterstraße ging 1858 aus kleinen Anfängen mit 22 Arbeitern hervor. Sie beschäftigt in unserer Zeit ungefähr 400 Leute. Dann wären noch weiter zu nennen: Die großen Fabriken in Oberhausen, in Pfersee (S. M. Eberle u. Cie.), Lechhausen usw.

Schon in alter Zeit genöÙ die Augsburger Papierfabrikation ein hohes Ansehen. Es gab dahier mehrere "Papiermühlen", die für die zahlreichen heiligen Buchdruckereien arbeiteten. Die vielen kleinen Werke sind jedoch eingegangen, nur die alte Ebnersche Papiermühle besteht noch in Gestalt einer nach den modernsten Errungenschaften der Technik eingerichteten Papierfabrik der Herren Gebrüder Handl, dem größten und leistungsfähigsten derartigen Etablissement von Süddeutschland. Von den weiteren bestehenden chemischen Fabriken wären noch zu nennen: Die "Schwefelsäurefabrik vormalig Bärlocher", dann die chemische Fabrik von Dr. von Rad in Pfersee zc.

Eine Weltfirma ist die "Aktiengesellschaft Union, vereinigte Zündholz- und Wachsfabriken Augsburg und Aalen". Sie ging im Jahre 1868 aus dem Kleinbetrieb von D. Engert hervor und gestaltete sich durch die Vereinigung mit den Aalenern Werken zu einem hochmodernen Großbetrieb, dessen Erzeugnisse den ganzen Weltmarkt zum Teil trotz des in vielen Staaten eingeführten Zündholzmonopols beherrschen. Die chemischen Fabriken von J. W. Silbermann in Augsburg und Ludwigshafen a. Rh., deren hiesiges Hauptwerk im Jahre 1868 an Stelle alter kleinerer Industrieerwerke errichtet wurde, erzeugen Superphosphate, bei der Landwirtschaft bestens eingeführte Düngemittel, Soda und dergleichen durch ihre Reinheit sehr geschätzte und beliebte chemische Produkte.

Augsburg nimmt auch eine hervorragende Stellung in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ein, es sei nur an die bekannten Augsburger Großbrauereien zum Kaiser, Stötter, Krone (Wahl), Riegele usw. erinnert.

Auch im Bekleidungsgebiete, Kleider- und Wäschekonfektion hat Augsburg ansehnliche Firmen aufzuweisen. In der Buchdruckerkunst hat Augsburg Namen in früherer Zeit mit unter den ersten Europas gekannt. In der Gegen-

wart ist Augsburg in der Kunst Gutenberg durch andere Städte wie Leipzig, München, Stuttgart usw., zurückgebrängt. Inmitten befiht auch Augsburg angefehene Firmen. Der Großbetrieb des Verlages der "Neuen Augsburger Zeitung" und "Augsburger Postzeitung" ist mit zu den mudensten Zeitungsverlagen unseres Vaterlandes zu zählen.

Zum Schlusse dürfen wir auch selbstverständlich die weltbekannte Lohbeck'sche Schnupftabakfabrik nicht übersehen, die hier bereits über ein Jahrhundert besteht und deren köstliche Erzeugnisse allen Schnupfern des weiten Deutschen Reiches eine willkommene Gabe bilden.

Wir haben hier in knappen Zügen versucht, ein Bild von der Industrie unserer Stadt zu geben, jenen Gebiete, das ihr ureigenstes ist. Die Stadt war von jeher eine Stadt der Arbeit und der Arbeiter. Aus bescheidenen Anfängen, aus "Weberknechten" sind die stolzen Familien der Zucker hervorgegangen. An dem Aufschwung Augsburgs im 19. Jahrhundert hat der Arbeiterstand redlich Anteil genommen.

Gottlob. Das Arbeitslosenproblem bildete den Hauptgegenstand der Verhandlung unserer Versammlung vom 9. November. Zunächst gab der Kassierer den Kasfenbericht vom letzten Quartal. Zu dem Referat über das Arbeitslosenproblem wurde u. a. ausgeführt: "Den besten Maßstab zur Beurteilung des Umfangs der Arbeitslosigkeit bieten die Frequenzziffern der öffentlichen Arbeitsnachweise, sowie die Arbeitslosen-Statistiken. Im Monat Dezember 1908 waren in den Gewerkschaften 4,4 Prozent arbeitslos, das ergibt für jeden Tag 457 600 Arbeitslose. Da aber in den Gewerkschaften die Saisonarbeiter, sowie die unteren Schichten der unorganisierten Arbeiterschaft nicht mit erfasst sind, die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen werden, so ergibt sich daraus, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit noch viel größer ist."

Die Folgen der Arbeitslosigkeit sind so verheerend, so verurteilend für das gesamte Volkleben, daß nicht nur die Arbeiter an der Lösung dieser Frage interessiert sind, sondern hier ist die Volksgemeinschaft in Mitleidenschaft gezogen, hier handelt es sich um eine Lebensfrage der Nation, an der Staat und Gesellschaft nicht untätig vorbeigehen können. Die Folgen unverschuldeter Arbeitslosigkeit müssen vom Einzelnen auf die Schultern der Gesamtheit abgewälzt werden. Die christlichen Gewerkschaften haben schon auf ihren Kongressen in Dresden und Effen praktisch gangbare Wege gezeigt, wie die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu bekämpfen sind. Aud der bevorstehende dritte deutsche Arbeiterkongreß wird erneut zu der brennenden Frage Stellung nehmen, um den Arbeitslosen praktisch zu helfen."

M.-Glabbach-Post. Als Auftakt für die jetzt beginnende Agitation beging am 9. Nov. die Ortsgruppe Holt ihr Familienfest, welches so stark besucht war, daß viele der Anwesenden sich mit einem Stehplätzchen begnügen mußten. Gegen 5 Uhr wurde die imposante Versammlung mit einem Prologe eröffnet. Der Vorsitzende, Kollege Leuchter, begrüßte nun in herzlichster Weise die Erschienenen und wies darauf hin, daß diese Veranstaltung in der Hauptsache dazu da sei, den christlichen Gewerkschaftsgedanken weiter auszubreiten und der Ortsgruppe neue Mitarbeiter zuzuführen. Die Beamten des Glabbacher Bezirkes, der Bezirksleiter Kollege Hermes, die Kollegen Gehl, Müller und Joh. Benzer, der Kartellsekretär, Karl Kleinermann, die Vorstände der Nachbar-Ortsgruppen Pfendt und Jehn, waren ebenfalls erschienen; ebenso der Präses des kath. Arbeitervereins, Herr Kaplan Probst. Abwechslend boten der Gesangverein Concordia sowie der Turnverein Holt der Versammlung in reichem Maße ihre Kunst dar. Ein flott gespielter Heines Theaterstück, von Kolleginnen der Ortsgruppe aufgeführt, bildete den Schluß des ersten Teiles. Den Glanzpunkt des Abends bildete die Festsrede des Kollegen Franz Detant. Er führte in fernem Bortrage aus, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung aus kleinen Anfängen zu einem wichtigen und großen Faktor im wirtschaftlichen Leben geworden ist. Er führte der Versammlung so recht die Notwendigkeit unseres Verbandes vor Augen. Redner gab den Versammlungsteilnehmern manchen Rippenstoß in bezug auf Versammlungsbefuch und Mitarbeit. Speziell an die Frauen richtete der Redner die Aufforderung, innerhalb des Familienlebens für den Verband zu arbeiten. Brausender Beifall lohnte den Kollegen für seine Ausführungen. Der Turnverein Holt vollführte dann einige Leistungen, welche den ungeteilten Beifall der Versammlung auslösten. Darauf ergriff der hochwürdige Herr Kaplan Probst das Wort. Er entschuldigte zunächst den Herrn Pastor, sodann den Herrn Kaplan Brochhaus, welche durch andere Verpflichtungen am Erscheinen verhindert seien. Der Herr Kaplan betonte in seinen Ausführungen das gute Verhältnis der beiden Korporationen, Arbeiterverein und Gewerkschaft, und daß es ihn besonders freue, auf dem Feste der Ortsgruppe für die Förderung des Textilarbeiterverbandes, als Präses des kath. Arbeitervereins eintreten zu können. Er forderte die Anwesenden auf, soweit sie noch nicht gewerkschaftlich organisiert seien, dies schleunigst zu machen, damit der Vorstand der Ortsgruppe für seine Mühen um das Verbandsinteresse durch ständigen Mitgliederzuwachs auch belohnt würde. Er brachte ein Hoch auf das Wachsen und Blühen der Ortsgruppe Holt aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Dem hochwürdigen Herrn wurde vom Vorsitzenden namens des Vorstandes herzlich Dank für die anerkennenden Worte ausgesprochen. Zwei kleine Theaterstücke, welche von der Theatergesellschaft Delgentia, Holt, gespielt wurden, sorgten dafür, daß der Humor vollauf zur Geltung kam. Mit dem Hinweis auf die jetzt beginnende Agitation und daß die Ortsgruppe mit Stolz auf die heutige Veranstaltung blicken könne, wurde den mitwirkenden Vereinen, welche sich in unheimlichiger Weise in den Diensten der guten Sache gestellt hatten, vom Vorsitzenden der Dank des Vorstandes ausgesprochen und die Veranstaltung mit einem Hoch auf die drei Vereine geschlossen.

NB. Dem Turnverein Holt, der Theater-Gesellschaft Delgentia und besonders dem Gesang-Verein Concordia mit seinem rührigen Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Gecraths, sei an dieser Stelle nochmals Dank ausgesprochen.

M.-Glabbach-Lürrip. Unser Lichtbilder-Abend, am Buß- und Bettag war von unseren Kolleginnen und Kollegen gut besucht. Zu unserer Freude hatten sich auch einige Kollegen aus Widrat, Odenkirchen und Rorschenbroich eingefunden. Die Veranstaltung wurde mit einem gemeinschaftlichen Liede eröffnet. Sodann wurde der erste Teil aus dem Lichtbildervortrag des Krieges vom Jahre 1870-1871 vorgeführt. In der Pause sprach der Kollege Hüßes aus Widrat über den Stand und die weitere Entwicklung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes. Ferner sprach er noch über die Köhling'sche Verleumdungsbroschüre. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte ein gemeinschaftliches Lied und dann der zweite Teil des Lichtbildervortrages. Während der zweiten Pause ergrätzte der Kollege Götz aus Odenkirchen einen Bericht über die

Bewegung bei der Firma Raschel u. Giesen. Aus seinen Ausführungen konnte man wieder erkennen, wie nützlich gerade in der heutigen Zeit eine starke und einigte christliche Arbeiterbewegung ist. Nunmehr folgte eine Aussprache unter den Mitgliedern über die beiden Referate. Insbesondere nahm die Röhlingbrotschäse einen breiten Raum ein, wobei am Schlusse der Vorlesende im Namen der Versammlung unsere Verbandsleitung und besonders unsern verdienten Zentralvorstand, Kollegen Schiffer, volles Vertrauen ausdrückte. Nachdem dann noch einige heitere Bilder vorgeführt und ein gemeinschaftliches Lied gesungen worden war, fand die sehr schön und anregend verlaufene Veranstaltung gegen 10 Uhr ihr Ende.

M.-Glabbach-Wenn. Gegen die Verdächtigungen und Verleumdungen unserer Verbandsleitung nahm auch hier am 16. November eine Generalversammlung unserer Ortsgruppe Stellung. Zum ersten Punkte der Tagesordnung berichtete unser Vorsitzender, Kollege Matthias Stapper, in klarer und recht verständlicher Weise über den Verlauf und die wichtigsten Verhandlungsgeschäfte unserer diesjährigen ordentlichen Bezirkskonferenz. Interessant und für alle Arbeiter unseres Industriebezirks zugleich überaus lehrreich war das vom Berichterstatter vorgelegene Zahlenmaterial über die Erfolge bei Lohnbewegungen. In dem Berichtsjahre waren allein in unserm Bezirk 32 Bewegungen durchgeführt worden, wovon 20 Angriffs- und 9 Abwehrbewegungen waren. Der Gesamtbetrag an Mehrlohn, den der Verband im verfloffenen Jahre errungen habe, betrug zu erhalten imstande gewesen wäre, hätte rund 75000 Mark betragen. Das wäre der überzeugendste Nachweis dafür, daß der Verband für die Arbeiter doch einen sehr großen Wert habe. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung verbreitete sich der Kollege Gerhard Müller über die von dem früheren Verbandsbeamten Röhling herausgegebene Verleumdungsbrochüre. Seine Darlegungen fanden die ungeteilte Zustimmung sämtlicher Anwesenden. In der Diskussion wurde dann noch von mehreren Kollegen das durchaus verwerfliche Vorgehen Röhlings in der allerhöchsten Weise verurteilt und mißbilligt. Die Versammlung, die allerdings von den Mitgliedern hätte bedeutend besser besucht werden müssen, hat wiederum erneut gezeigt, daß hier die Mitglieder sich durch keinerlei falsche Anschuldigungen und Verdächtigungen das Vertrauen zur Organisationsleitung und zur Sache der christlichen Arbeiterbewegung nehmen lassen.

Glauchau. Zu den heiligen Krankenkassenwahlen. Wie überall im Deutschen Reich, so gehen auch im Königreich Sachsen die Krankenkassenwahlen vor sich, wenn auch in recht verschiedener und manchmal recht eigentümlicher Weise. Denn hier fehlt in der Regel die erste Voraussetzung für derartige Aktionen, eine genügend starke Organisation. Dadurch kommt es, daß hier so oft gar keine Wahl stattfindet oder mit nur geringem Erfolg, wie in der gleich großen Nachbarstadt Rerusa, wo die nationale Liste in der Ortskrankenkasse ganze 2 Vertreter erhielt. Dort existiert aber auch keine christliche Gewerkschaft und kein konfessioneller Arbeiterverein, sondern Gelbe und Mißgeschick. Bei uns hier lagen die Verhältnisse infolgedessen besonders ungünstig, als unsere Mitglieder sich größtenteils in den 12 Betriebskrankenkassen befinden und nur 24 davon in der Ortskrankenkasse. Daß sich aus diesen 24 Männlein und Weiblein keine Vertreterliste von 120 Personen aufstellen ließe, liegt auf der Hand, und die schwerste Frage war, wie dem abzuhelfen sei. Der Versuch, aus den zahlreichen hier bestehenden sogenannten nationalen Vereinen einen Ausschuss zu bilden, gelang leider trotz wiederholter Einladung und Vortrag nicht, auch religiöse Vereine, wie der evangelische Arbeiter- und evangelische Junglingsverein, konnten der Sache kein Interesse abgemessen und versagten. Nur der katholische Verein und schließlich die landeskirchliche Gemeinschaft waren zur Mitarbeit bereit. Beide haben aber nur wenig Mitglieder, sodas wollten wir überhaupt eine Liste aufstellen, gezwungen waren, zahlreiche nichtorganisierte Kassenmitglieder aus allen Berufen auf die Liste zu setzen. Es war nicht leicht, solche von Tüchtigkeit und gutem Ansehen herauszufinden und an den richtigen Platz zu stellen, jedoch dürfen wir jetzt mit den Ausgewählten recht zufrieden sein. Die Zusammenstellung der Vertreterliste und der eigne Wille veranlaßten uns, den Wahlkampf in der zurückhaltendsten und ruhigsten Weise solange zu führen, bis die Genossen am letzten Tag vor der Wahl durch öffentliche Wahlbeeinflussung auch uns zu schärferem Vorgehen nötigten. Sonst geben sich die Genossen immer den Anschein, als langten die paar Christlichen für sie gerade zu einem Frühstück zu, bei der Wahl aber hatte die Angst um ihr bisheriges Alleinrecht zu den schäferen Mitteln getrieben, um nur wenigstens die Köpfe zu vermindern. In ihrem Wahlaufruf sagen sie, die Arbeitgeber wollen niedrige Kassenleistungen, um niedrige Beiträge zu bezahlen und insipien daran die fettgedruckte Bemerkung, unsere Vertreterliste würde gegen den weiteren Ausbau der Kassenleistungen sein, um sich den Unternehmern gefällig zu erweisen. In ihrer „Wahlstimme“ aber stellen sie es als großen Vorzug hin, daß die Sozialdemokraten in der Kasse mit den Arbeitgebern einmütig zusammengearbeitet haben und es nur selten zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei. Also einmal um sich diese Konfusionsräte wichtig, daß sie mit den Ausbeutern lange Jahre durch Dick und Dünn gegangen sind und nachher verdächtigen sie uns derselben Absicht. Die Kasse befindet sich seit Jahren in sozialdemokratischen Händen, die bisherigen Vertreter sind als Sozialdemokraten bekannt, die Beamten sind nach der Parteizugehörigkeit angeordnet, als Wahlvorkand (Wahlleiter), fungierte der bezahlte Filialleiter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Da waren gewisse Praktiken selbstverständlich, z. B., daß man die in offenen Verkaufsgeschäften und im Haushalt beschäftigten Versicherten durch Festlegung der Wahl auf einen Sonntagabend möglichst fernhielt, daß die jetzt noch im Amt befindlichen Vertreter der Ortskrankenkasse eine öffentliche Erklärung losließen, in welcher sie die sozialdemokratische Liste Nr. 2 empfahlen, daß der Hausflur zum Wahllokal so mit Bettelverteilern ihrer Liste besetzt war, daß jeder Wähler und Wählerin förmlich Spießruten laufen mußte, wodurch es leicht war, daß die Stimmzettler die in den Händen der Wähler und besonders der Wählerinnen befindlichen Zettel auseinander machen konnten und dann sagen: Das ist der richtige Zettel, den hier mußt du (oder auch Sie) ins Kuvert stecken und abgeben. Den hier (den unserigen) steckst du in die Tasche. Das ist trotz unserer Protestes den ganzen Nachmittag so gehandhabt worden. Sogar ein von der Kasse angestellter junger Mann von 16-17 Jahren fühlte sich zu ähnlichen Nachhüllen befähigt, obgleich er nur die Wahllokalen den Wählern ansahändig sollte. Das hier Geschickerte spielte sich offen vor unseren Augen ab, was brünnen vorging, konnten wir nicht erfahren, denn das Wahllokal war nur für Wähler und Genossen, außer den drei Arbeitgeberbeisitzern, bestimmt. Auch beim Stimmenanzählen wurden Vertreter unserer Liste ausgeschlossen. Wenn wir trotzdem von den abgegebenen 2303

Stimmen 411 gültige Stimmen mit 7 Vertretern erhielten, so ist das als Anfang ein ganz hübsches Ergebnis. Die Wahlbeteiligung war schwach. Sind doch von etwa 7000 Wahlberechtigten nur 2303 zur Wahl gegangen. Leider haben auch unsere bürgerlichen Blätter wenig zur Aufstellung der gleichgültigen Wählermassen getan. Na, ein andermal wird's besser.

Greiz. Krankenkassenwahlen. Bei den am 12., 15. und 17. November getätigten Wahlen zur „Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Greiz“ wurden von den Arbeitnehmern 8750 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf Wahlvorschlag 1 (vereinigte nationale Gruppen) 3864, auf Wahlvorschlag 2 (Gewerkschaftskartell für Greiz und Umgegend) 5886 Stimmen. Es erhalten demnach die vereinigten nationalen Gruppen 15, das Gewerkschaftskartell 25 Vertreter im Ausschuss.

Von den Arbeitgebern wurden abgegeben 1179 Stimmen. Hiervon entfallen auf Wahlvorschlag 1 (Fabrik- und Handwerksbetriebe) 1129 und auf Wahlvorschlag 2 (diverse Arbeitgeber) 44 Stimmen. Von den 20 Vertreterstimmen erhält Wahlvorschlag 1 (national) 19, Wahlvorschlag 2 (soziald.) 1 Stimm. Es stehen somit 84 nationale Vertreter 26 sozialdemokratischen gegenüber. Im Vorstand erhalten die christlich-nationalen Arbeiter 4, die Arbeitgeber 6 Sitze. Die Sozialdemokratie muß sich mit 8 begnügen.

Die Wahlbeteiligung war eine äußerst starke. Rund 75 Prozent der Wähler übten ihr Wahlrecht aus. Der Wahlkampf wurde mit größter Erbitterung und Energie durchgeführt. Selbst vor Verbreitung von Lügennachrichten scheute das Gewerkschaftskartell nicht zurück.

Im bisherigen Ausschuss der Kasse hatten die nationalen Arbeiter keinen Vertreter, sodas der Erfolg als ein sehr guter genannt werden kann.

Ein ebenso günstiges Resultat erzielte die nationale Arbeiterkassenschaft bei den Wahlen zur „Allgemeinen Ortskrankenkasse rechts der Elster“ (ländlicher Bezirk). Hier wurden von 30 Vertretern 9 nationale gewählt, sodas auch hier mit den Arbeitgebern die nationale Mehrheit gesichert ist. Auch in diesen Kassen hatten die nationalen Arbeiter früher keine Vertretung.

Rottorn. Ein lang gehegter Wunsch ist endlich in Erfüllung gegangen. Wir haben nun auch in unserem schönen Allgäu einen Lokalbeamten. Das Nichtvorhandensein eines solchen haben wir schon oft schwer empfunden. Sibt doch in Rempten ein ganz radikaler Genosse, der darauf hinarbeitet, das ganze, noch ziemlich christlich gesinnte Allgäu, unter seine Fahne zu bringen. Diesem Genossen aber wollten die Allgäuer Kollegen und Kolleginnen das Feld nicht überlassen und deshalb freuen sich gewiß alle, daß wir nun sagen können, wir haben in Rempten einen freigestellten Kollegen, an den wir uns wenden können und der bei wichtigen Vorstimmnissen sofort unsere Sache in die Hände nimmt, ist ja doch unser Kollege Geier oft so weit fort, daß wir ihn in der Eile nicht sofort erreichen können. Aber ganz besonders freuen wir Rottorner Kollegen und Kolleginnen uns. Ist ja doch der neue Beamte aus unserer Ortsgruppe hervorgegangen. Es ist unser seitheriger Vorsitzender, Kollege Max Hartmann. Noch nicht sehr lange Mitglied unseres Verbandes, wurde Kollege Hartmann wegen seiner tatkräftigen und erfolgreichen Mitarbeit an unserer Sache zum Vorsitzenden unserer Ortsgruppe gewählt. Wohl äußerte Kollege Hartmann dortmals einige Bedenken wegen seines jugendlichen Alters, doch die Kollegen und Kolleginnen blieben konsequent dabei: Kollege Hartmann muß unser Vorsitzender werden. Und wir haben seinen Fehlgriß gemacht. Kollege Hartmann hat sich treu bewährt, er hat das Vertrauen der Mitglieder bis heute im vollsten Maße genossen und wird es in seinem nunmehrigen verantwortungsvollen Amte auch ferner genießen. In der Versammlung am 11. November fand durch den Kollegen Geier die offizielle Vorstellung des Kollegen Hartmann statt. Kollege Geier hob dabei hervor, daß bei der Befragung dieses Potens neben der Tüchtigkeit des Kollegen Hartmann auch der Umstand von großer Bedeutung sei, daß Kollege Hartmann ein gelernter Weber und ein geborener Allgäuer ist, der das Allgäu und die Eigenart seiner Bewohner genau kennt. Kollege Egger aus Rempten, ein gern gesehener Gast in unserer Mitte, leitete die Versammlung und brachte dem Kollegen Hartmann die Glückwünsche der Ortsgruppe dar. Der Ausschuss ehrte ihn mit einem Blumenstrauß. Kollegin Kucheder, die über eine gute poetische Ader verfügt, trug ein selbstverfaßtes Gedicht vor. Zum Schlusse der Versammlung brachte Kollege Geier auf den Kollegen Egger, der, obwohl selbst Holzarbeiter, sich schon seit Jahren um die Sache der Zeitungsarbeiter in Rottorn und namentlich in Rempten bemüht, ein Hoch aus, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. Auch an dieser Stelle sei dem Kollegen Egger nochmals aufrichtiger Dank gesagt.

Herzlichen Dank sagen möchten wir aber auch dem Kollegen Geier, der alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um das Sekretariat in Rempten ins Leben zu rufen. Dem Kollegen Hartmann aber wollen wir versprechen, daß wir treu zu ihm halten, er soll sehen, daß wir keine Mitläufer, sondern eifrige Mitarbeiter sind, die wissen, was sie wollen, die die Ziele unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung kennen und auch den Anrempelungen der Gegner Stand zu halten vermögen.

Zaaten-Blombacherbach. Krankenkassenwahl. Wie jetzt allwärts in unserem lieben deutschen Vaterlande so hatten auch wir in unserem so unscheinbaren und sonst so ruhigen Dörfchen unsere Krankenkassenwahl. Wenn auch nicht um die Vertreterstellen einer nach Zehntausenden von Mitgliedern zählenden Kasse gerungen wurde, sondern nur um die einer bescheidenen Betriebskrankenkasse, so war das Interesse diesmal doch ganz besonders rege, denn die Sozialdemokraten hatten nicht Kosten noch Mühe gescheut, die ihnen schon so lange verhasste christliche Mehrheit aus dem Sattel zu heben. Sie hatten sich sogar ein Flugblatt schreiben lassen und zwar von einem Herrn Sauerbrey, und wir müssen gestehen, der Inhalt paßte vorzüglich zum Verfasser: faurer Brel - Sauerbrey. Das Flugblatt ist von vorn bis zum Schluß eine Aufwärmung allen, abgefaßenen sozialdemokratischen fauren Breis. „Streikbrecher“, „Bruderverrat“, „christliche Gewerkschaftshände“, „Verfälschung des Selbstverwahrungsbrechis“ usw.: faurer Brel. In dem Flugblatt wird gefagt, was denn der bisherige Kassenvorkand für die Arbeiter getan habe. Ja, wir gestehen tiefbeschämt, mit den Leistungen sozialdemokratischer Kassenleitungen können wir uns nicht messen. Wir denken da beispielsweise an Soltagen, wo 117000 Mark Kassengelder unterschlagen werden konnten; oder an Ronsdorf, wo die Aufsichtsbekörbe die rote Kassenleitung ihres Amtes entsetzen mußte, um eine geordnete Fortführung der Kassengeschäfte zu ermöglichen, und dann an Barmen, wo Herr Sauerbrey wohnt, wo die sozialdemokratischen Stadtverordneten einer gefährlichen Verfälschung des Selbstverwahrungsbrechis zustimmten, nur um die Kasse vor dem Bankrott zu bewahren. Diesen Drei im Flugblatt

aufzutischen war selbst dem Herrn Sauerbrey ein zu faurer Brel. Die Mitglieder der Betriebskrankenkasse der Firma Schlieper und Baum schetnen nicht befriedigt gewesen zu sein von dem vorgelesenen Brel und zu der bisherigen Kassenleitung doch ein größeres Vertrauen zu besitzen, als manchen „Genossen“ lieb sein dürfte. Oder sollte gerade das Flugblatt des Herrn Sauerbrey mit seinem Geschimpfe auf den christlichen Textilarbeiterverband dazu beigetragen haben, den christlichen Vertretern ein so schönes Vertrauensvotum bei der Wahl auszufüllen. Wir möchten fast glauben, erhielt doch die christlich-nationale Liste 223 Stimmen und 9 Vertreter und die Liste des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes 125 Stimmen und 5 Vertreter. Im Vorstande werden die christlichen Gewerkschaften 3 Mitglieder und die sozialdemokratischen 1 Mitglied haben. Die christlichen Arbeiter haben ihre Stimmenzahl seit der letzten Wahl vermehren können, die „Genossen“ haben weniger bekommen. Dafür unseren Dank, Herr Sauerbrey.

Mülheim (Rhein). Bei der Vertreterwahl zur Betriebskrankenkasse der Firma Christoph Andrae machten die Sozialdemokraten große Anstrengungen, die Mehrheit der Vertreter zu bekommen. Kurz vor der Wahl wurde noch ein Flugblatt am Tore verbreitet, um die Arbeiter zur Abgabe ihre Stimme für die Liste der „freien“ Gewerkschaften zu bestimmen. Das Resultat hat aber die Genossen keineswegs befriedigt, erhielt ihre Liste doch nur 113 Stimmen, die Liste unseres Verbandes dagegen 167 Stimmen. Unsere Liste erhält 12 Vertreter und 4 Vorstandsmitglieder, die sozialdemokratische 8 und 2. Seit der letzten Wahl haben wir 27 Stimmen Zuwachs, die Sozialdemokraten 6 Stimmen Verlust. Wir marschieren, trotz Röhling-Broschüre und Streikbruchhege. Nur weiter so, uns kanns recht sein.

Ostrik (Sachsen). Sieg bei der Krankenkassenwahl. Bei der Krankenkassenwahl am 23. November erhielt unsere Liste 517 Stimmen und 21 Vertreter, die sozialdemokratische 491 Stimmen und 19 Vertreter. Die Genossen hat dieser Wahlausgang begreiflicher Weise sehr verschmupft.

Verammlungskalender.

- Amern St. Georg. 21. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei Wm. Bernhard Glasen, außerordentliche Generalversammlung.
- Brand. 7. Dezember, 10 1/2 Uhr, bei Bongenberg, gleich nach dem Hochamt.
- Cottbus. 13. Dezember, Generalversammlung im evangel. Vereinshaus, Spreestr. 12.
- Greven. 7. Dezember, 7 1/2 Uhr, bei R. Winnighoff, wichtige Mitgliederversammlung.
- Neuwerk. 14. Dezember, 5 1/2 Uhr, bei Anton Rommerskirchen.
- Warenborf. 7. Dezember, 8 Uhr, bei Paul Buller, Generalversammlung.
- Weiden b. Aachen. 7. Dezember, 11 Uhr, im Jünglingsheim.
- Werden (Ruhr). 7. Dezember, 10 1/2 Uhr, im Lokale zur Krone, am Markt.

Literarisches.

Wahre oder falsche Volksfürsorge?! — Das ist die Frage, mit der sich Franz Behrens in seinem demnächst im Verlage der Vaterländischen Verlags- und Druckanstalt, Berlin S.W. 61, erscheinenden Buche „Die deutsche Volksversicherung“ beschäftigt. Als Vorsitzender des Ausschusses des „Deutschen Arbeiterkongresses“ mit den einschlägigen Verhältnissen durchaus vertraut, beleuchtet der Verfasser die verschiedenen Strömungen auf dem Gebiete der Volksversicherung und gibt eine altentworfene Darstellung der Vorgänge, die zur Gründung der „Deutschen Volksversicherung“ geführt haben. Er kennzeichnet die sozialdemokratische „Volksfürsorge“, schildert die Vorarbeiten für eine nationale Volksversicherung, die vergeblichen Einigungsverhandlungen zwischen den verschiedenen Verbänden und Interessengemeinschaften und zeigt, daß erst durch Eingreifen der nationalen Arbeiterkassenschaft eine deutsche Volksversicherung zustande kommen konnte: aus dem Volk, mit dem Volk, für das Volk! Auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Akten muß sich Kollege Behrens scharf gegen die Latit des ostpreussischen Generallandchaftsdirektors Dr. Rapp wenden. Die Schrift greift mitten hinein in den Tageskampf um die Volksversicherung und wird ohne Frage auch in den parlamentarischen Verhandlungen dieses Winters viel beachtet werden. Sie übermittelt der Öffentlichkeit eine Fülle bisher unbekannter Materials und bildet so eine Fundgrube für jeden Politiker und Volksfreund. Wir behalten uns vor, auf diese Schrift noch ausführlicher zurückzukommen: der Einzelpreis soll M. 0,80 betragen, 100 Exemplare sollen M. 68,— kosten.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der dritte deutsche Arbeiterkongress in Berlin. — Feuilleton: Wie man Stoffe und Gespinnstfasern unterscheidet und richtig beurteilt. — Allgemeine Rundschau: Die Gesellschaft für Soziale Reform. — Arbeitslosenversicherung. — Hausband und Arbeitswilligenschuß. — Arbeitswilligenschuß. — Eine andere Stimme. — Es sieht nicht mehr! — Zeichen der Entartung. — Das Gewerkschaftswesen bei den englischen Textilarbeiterinnen. — Nachklänge zum Riemendrehschiff in Barman. — Aus unserer Industrie: Deutsch-koloniale Baumwolle. — Ein beachtlicher Zusammenschluß im deutschen Leinengewerbe. — Internationaler Vereinbarung in der Kunstseidenindustrie. — Preis-konvention der Schirmstofffabrikanten. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichtstattung. — Aus unseren Bezirken: An unsere badischen Mitglieder! — Betriebs-einschränkungen in der elsässischen Textilindustrie. — Berichte aus den Ortsgruppen: Ahenbach. — Augsburg. — Cottbus. — M.-Glabbach-Holt. — M.-Glabbach-Lürrip. — M.-Glabbach-Wenn. — Glauchau. — Greiz. — Rottorn. — Zaaten-Blombacherbach. — Mülheim. — Ostrik. — Ver- sammlungskalender. — Literarisches.